Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 3,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

:—: Geschäftsstelle: Oberstraße 9. :—:

:—: Fernsprecher Nr. 324. :—:

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 38 — Freitag den 14. Februar 1919 — 45. Jahrg.

Von der Revolution zur Gesetzlichkeit.

Ein schicksalsschweres Vierteljahr liegt hinter uns. Die Vorgänge der letzten Monate haben in ihrem unerhört schnellen Wechsel unser ganzes Leben so stark in Anspruch genommen, daß wir uns erst wieder zwingen müssen, um uns in die Zustände des alten Staates hineinzuversetzen, eines Staates, der durch den vierjährigen Krieg, und nicht nur durch diesen, innerlich zerfallen war und der nur durch prunkende Fassaden unsere Gegner und uns selbst über den gefährlichen Zustand des Verfalls hinwegzutäuschen vermochte, bis mit dem Sturmwind der Revolution alle Stützen zerbrachen, bis in Trümmern lag, wofür deutsche Soldaten mehr als vier Jahre geblutet hatten, wofür das deutsche Volk nicht zu überbietende Entbehrungen auf sich genommen hatte. Noch einmal sei es heute gesagt, daß die Revolution, der jähe Abbruch alles Gestrigen, von niemandem gemacht worden ist, daß sie einfach kommen mußte, ja, daß diese Revolution eigentlich nichts weiter als Entwickelung war. Daß diese Behauptung richtig ist, hat uns die Zeit des Interregnums, haben uns die drei Revolutionsmonate, die nun hinter uns liegen, gezeigt.

Wir standen am 9. November vor den Trümmern des Reiches und begannen an diesem Tage unter so überaus schwierigen Verhältnissen bereits wieder mit dem Aufbau. Kann es ein besseres Zeichen für die Lebenskraft des deutschen Volkes geben? Einstweilen zimmerten wir ein Gerüst aus starken, kräftigen Stämmen: Die Einrichtung der A.- und S.-Räte. Doch dachten wir bereits vom ersten Tage daran, einen festeren Reichsbau zu schaffen, als wir ihn mit Hilfe des Räte-Systems herstellen konnten. Man mag der Volksregierung vorwerfen, was man will, man muß aber immer bedenken, daß sie ausbaden mußte, was ihre Vorgänger verschuldet hatten. Ihr großes Verdienst bleibt aber die Tatsache — spätere Geschichtsschreiber der Revolutionszeit werden mit Recht darauf hinweisen — daß ihr stetiges unablässiges Bemühen war, die Revolution selbst in die Bahn der Entwickelung zu zwingen. Wir kennen alle die Hindernisse, die sich dem entgegenstellten. Wir wissen, daß auch starke, ideelle Kräfte sich an diesem hindernden Werk beteiligten. Ideologie konnte uns nicht helfen. Wir mußten auf das Nächste sehen und doch wieder darüber hinaus. Wir brauchten Politiker, die fest auf dem Boden standen, die das Reichsschiff mit fester Hand durch den inneren und äußeren Sturm führen konnten. Bei dieser wilden Fahrt hat das Schiff des deutschen Reiches leiden müssen. Segel sind zerfetzt, Masten zerbrochen, manch gefährliches Leck wurde ihm beigebracht; aber nun hat es das erste Ziel, den ersten Hafen erreicht, nun konnte die bisherige Führung zurücktreten, nun kann es an den endgültigen Neuaufbau gehen.

Die Vertreter des deutschen Volkes haben drei Monate nach der Revolution in Weimar die Notverfassung angenommen. Aus dem Zustand des ungeschriebenen revolutionären Rechtes sind wir wieder auf den sicheren Boden des geschriebenen Rechtes zurückgekehrt. Alles, was wir nach dem 10. Februar bauen, bauen wir auf dem Grundstock der Gesetzlichkeit. Neu belebende, oder wenn man so sagen will, revolutionäre Kraft wird bei dieser Arbeit nicht fehlen; aber sie wird nicht niederreißend wirken, sondern erschaffend, sie wird umgewandelt sein in politische Kraft und dadurch erhöhte Bedeutung gewinnen. Wir dürfen auch in Zukunft nicht sinnlos alles verneinen, weil es vom alten Reiche stammte, sondern wir müssen die guten Kräfte, die im alten Reich wirksam waren, auch in den neuen Staat umleiten. Dazu gehört aber vor allem die Freude am Reich und der Wille zum Reich. Die endgültige Verfassung muß den berechtigten Stammeseigenartex Raum zu gesunder, kräftiger Entwickelung geben, aber sie wird klar zum Ausdruck bringen müssen, daß die Einordnung in das Ganze erstes und höchstes Gebot ist. Des weiteren muß aber auch in der endgültigen Reichsverfassung, genau wie es jetzt in der einstweiligen geschehen ist, der demokratische Grundgedanke durchaus zur Geltung kommen. Die Nationalversammlung hat mit der Annahme der Notverfassung ihre erste Pflicht getan; sie darf und wird dabei nicht stehen bleiben, sondern wird auf dem Boden des jetzt Geschaffenen weiterbauen müssen, um das große Werk zu vollenden, um das Haus des deutschen Volkes zu errichten, in dem unsere Kinder und Kindeskinder frei und sicher wohnen können.

Neueste Nachrichten.

Das neue Ministerium ablehnt.

Weimar, 13. Febr. (Sondertelegramm.) Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums Scheidemann, Vertreter des Präsidenten und Reichsminister der Finanzen Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen v. Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Innern Preuß, Reichsarbeitsminister Bauer, Reichswirtschaftsminister Wissell, Reichsernährungsminister Robert Schmidt, Reichsjustizminister Landsberg, Reichswehrminister Noske, Reichskolonialminister Dr. Bell, Reichspostminister Giesbert, Reichsminister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth. Ferner drei Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger, Gothein.

Hindenburgs Empfang in Kolberg.

Kolberg, 13. Febr. (Priv.-Telegr.) Generalfeldmarschall von Hindenburg traf gestern abend im Extrazug gegen 6 Uhr mit den Herren seines Stabes und etwa 130 Mannschaften hier ein. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte den Feldmarschall mit jubelnder Begeisterung am Bahnhof. Generalfeldmarschall von Hindenburg fuhr sofort im Automobil nach seinem Quartier im Hotel Belleuve. Vor dem Hotel sangen Schulkinder und höhere Schüler unter Beteiligung der Bevölkerung vaterländische Lieder. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Radek verhaftet.

Berlin, 13. Febr. Zur Verhaftung Radeks wird in den Blättern mitgeteilt, daß Radek die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht für verloren gab. Im März etwa sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer Putsch seitens der Spartakisten nicht nur in Berlin, sondern im ganzen deutschen Reich losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutsche Ostgrenze vorstieß.

Unruhen und Ausstände in Hamburg.

Hamburg 13. Febr. Für gestern abend war nach dem Zirkus Busch eine Versammlung der Kommunisten einberufen, die aber wegen des verhängten Belagerungszustandes nicht stattfinden konnte. Ein Teil der Enttäuschten erzwang die Schließung verschiedener Lokale und begab sich sodann vor das Stadthaus. Hier waren jedoch Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Nachdem einige Schreckschüsse abgegeben waren, entfernte sich die Menge. — Der Ausstand der Hoch- und Straßenbahn-Angestellten dauert fort. Verhandlungen zwischen den Direktoren und den Angestellten führten zu keiner Einigung. Der von dem Arbeiterrat abgegebene Schiedsspruch wurde von den Angestellten abgelehnt und der Arbeiterrat mit nochmaligen Verhandlungen beauftragt.

Erpressungen in Mülheim.

Mülheim, 13. Febr. Bei der hiesigen Reichsbankstelle erschienen während der Geschäftszeit ein Mitglied und andere Beauftragte des Soldatenrates und erzwangen unter Androhung von Gewalt im Weigerungsfalle die privatrechtliche Auszahlung von 75000 M als Löhnungsgelder für die Sicherheitsmannschaften, ohne daß eine ordnungsmäßige Anweisung zur Zahlung vorlag oder ein Guthaben vorhanden gewesen wäre.

Neue Ausschreitungen in Duisburg.

Duisburg, 13. Febr. Große Ausschreitungen ereigneten sich gestern nachmittag in Duisburg, wo eine 5000 köpfige Menge gegen den Beschluß der Stadtverordneten eine 5. Vierteljahresrate zu erheben, demonstrierte. Der Oberbürgermeister, der vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Menge richten wollte, ebenso wie der Führer der Duisburger Kommunistenpartei wurden niedergeschrieen. Dann drangen die Demonstranten in das Rathaus ein, holten unter Mißhandlungen den Oberbürgermeister und den Bürodirektor heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Abordnungen der Demonstranten drangen in die Cafés, wiesen die Gäste hinaus und erzwangen die Schließung der Lokale. Den Straßenbahnführern wurden die Kurbeln fortgenommen, so daß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Plünderungen vor. Das Gerichtsgefängnis wurde gleichfalls von den Demonstranten geöffnet, sämtliche Insassen sind freigelassen worden.

Aufstände in Rumänien.

Köln, 13. Febr. (Priv.-Telegr.) Die „Köln. Ztg." erfährt aus Wien: Die „Neue Freie Presse" meldet: In Rumänien sind Aufstände ausgebrochen. Die Königsfamilie versuchte nach Jassy zu flüchten, mußten aber, weil Arbeiter die Straßen versperrten, nach Bukarest zurückkehren. Das königliche Palais wurde beschossen, der König leicht verletzt. Die Finanzen des Landes sind vollständig zerrüttet.

Die Lage im Reiche.

Regierung und Nationalversammlung.

Am Donnerstag wird sich der Ministerpräsident Scheidemann mit seinem Ministerium der Nationalversammlung mit einer längeren Rede vorstellen. Daran wird sich eine allgemeine Aussprache anschließen, die etwa 3—4 Tage in Anspruch nehmen wird. Es wäre vielleicht erwünscht, die Aussprache mit einer

gemeinsamen Kundgebung der Nationalversammlung,

die unsere nationalen Wünsche in würdiger Form zusammenfaßt, abzuschließen. Geschähe das, so würden natürlich die Anträge einzelner Parteien, die in dieser Richtung bisher schon vorliegen, hinfällig werden. Ein Konkurrenzkampf der einzelnen Parteien scheint uns hier wenig angebracht.

An einem der ersten Tage der kommenden Woche hofft man mit der ersten Lesung des endgültigen Verfassungsentwurfes, der bisher allerdings noch nicht vorliegt, beginnen zu können. Vor Mittwoch nächster Woche ist daher an eine Vertagung der Vollversammlung und an den Beginn der Ausschußberatungen nicht zu denken. Man wird sogar gut tun, erst Ende der kommenden Woche auf die Vertagung zu rechnen.

Am Mittwoch nachmittag empfing der

Reichspräsident Ebert die Vertreter der Presse

zu einer Aussprache. Dabei führte er folgendes aus:

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur, ich kenne aus eigenes Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen.

Bei mir können Sie jeder Unterstützung sicher

sein; ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, dessen vornehmste Aufgabe die Wahrung der völligen Pressefreiheit ist. (Lebhafter Beifall.) Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehungen zu treten

ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit.

Sehen Sie darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des deutschen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer einzelnen Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im politischen Leben stehen, politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teile diese Pflicht uns nicht als Vertreter eines Teiles, sondern als

Vertreter des ganzen Volkes

zu fühlen. Der Einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Partei-Ideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der

Respekt vor einer anderen Ansicht,

der dem Parteikampfe feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an oder steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Tagen nicht nur das Trennende, sondern auch

Gemeinsame sehen zu wollen

und bei mir das vorauszusetzen, was ich auch bei ihnen voraussehen will: Eine tiefe ernste Auffassung von der Pflicht für das Vaterland

Zwei Aufgaben

hat die neue Regierung vor allen anderen: Den Frieden zu schließen und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und nach innen, für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber der bisherigen Unfreiheit.

Das Mindestprogramm,

auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur einen Satz sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle die Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter und unverkürzter Demokratie gestellt. Wir können heute sagen,

die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert,

wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung der Regierung und an dem Regierungsprogramm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflußt haben. Allerdings als wahrhafte Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß

eine vollkommene Übereinstimmung erzielt

wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0001

ihrer Art und ihrem Wirtschaftsgange einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat und Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen sein. Als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Die sozialdemokratische Partei kann und wird ihren Idealen nicht untreu werden. Aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, eine Vergewaltigung des Prinzips des wirtschaftlichen Lebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen.

Als die Zeit für die Demokratie reif war,

ist das demokratische Deutschland entstanden. Nun muß die Zeit für den Sozialismus reif werden, und bis dorthin muß der soziale Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Organe der Regierung, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die

Mitarbeit der Presse

anzurufen. Der große englische Demokrat Junius hat einmal gesagt, die Freiheit der Presse, wenn sie unter einer despotischen Regierung möglich wäre, könne allein schon ein Gegengewicht gegen die Macht des Fürsten bilden. Über einen solchen Gegensatz sind wir weit hinausgewachsen. Aber ich sage heute, und ich würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen und ihre Vorschläge, wie es alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bilden und uns Tag für Tag in einen lebendigen Zusammenhang mit dem Volke bringen muß.

Diese Rede Eberts wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf ergriff der Vorsitzende der Pressevereinigung der in Weimar anwesenden Journalisten

Georg Bernhardt-Berlin

das Wort. Er führte in seiner Erwiderung aus:

Herr Reichspräsident! Namens der in Weimar versammelten Kollegen der deutschen und deutsch-österreichischen Presse gebe ich der großen Freude Ausdruck, die wir darüber empfinden, Sie heute hier unter uns begrüßen zu können. Im öffentlichen Leben eines jeden freien demokratischen Staatswesens steht die Presse als gleichberechtigter Faktor neben dem Parlament. Sie stellt eine dauernde Vertretung der öffentlichen Meinung dar. Täglich und stündlich stellt sich der Journalist von neuem zur Wahl, selten nur begünstigt durch die feste Organisation einer Partei, meist lediglich gestützt durch die werbende Kraft seiner eigenen freien Überzeugung. Sie haben, Herr Reichspräsident, heute wiederholt, was Sie gestern bereits vor dem Parlament gelobten,

ein Präsident des gesamten Volkes,

aller seiner Parteien und Gruppen zu sein. Sie selbst sind lange Journalist gewesen, Sie wissen daher, daß eine der wertvollsten Eigenschaften des Journalisten die Leidenschaft für seine Partei und seine Überzeugung ist. Aber der Zusammenklang aller Stimmen der Presse für die sogenannte öffentliche Meinung erhebt sich über die Partei hinaus. Er bildet in seinem Grunde die wesentlichen Elemente des Empfindens des ganzen Volkes. Zwischen öffentlicher Meinung und Journalismus findet eine lebhafte Wechselwirkung statt. So sehr auch die Zeitung von Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung ist, so ist doch jeder Journalist im Innersten seines Wesens

ein Glied seines Volkes

und teilt seine Empfindungen. Aus der Berührung mit seiner Heimat und aus der Erinnerung an diese gewinnt er die beste Kraft seines Schaffens. So hat denn auch ein Jeder von uns mit jeder Faser seines Herzens die Not des Vaterlandes während der Kriegsjahre gefühlt und jeder von uns trägt auch seelisch an seinem Teile die Schwere der Last, die der Verlust des Krieges für Deutschland mit sich gebracht hat. Wir wissen daher, daß die

große Aufgabe des zukünftigen Wiederaufbaues

nur zu erfüllen ist, wenn keine Partei und keine Richtung sich der Entwickelung verschließt, die sich vollzogen hat. Sie dürfen deshalb auch, Herr Reichspräsident, sicher sein, daß die gesamte deutsche Presse ohne Unterschied der Partei sich auf den Boden der fortgeschrittenen Entwickelung stellen und alle Maßnahmen unterstützen wird, die dazu dienen, das Vaterland

aus den Tagen seiner schwersten Not wieder in ruhigere Zeiten zu führen.

Wir wissen, daß Sie von dem heißen Wunsche beseelt sind, dem deutschen Volke Frieden und Brot zu bringen. Sie dürfen unserer Mithilfe dabei sicher sein. Frieden und Brot für Deutschland sind auch die

Grundlagen für die Wiederbelebung deutscher Kultur.

Wenn die einzelnen deutschen Stämme in ihrer kulturellen Eigenart sich wieder frei wie früher entfalten wollen, so kann die Grundlage dafür nur die gemeinsame, auf das Höchste angespannte Arbeitsleistung der gesamten deutschen Nation nach einem einheitlichen Plane in einem einheitlichen deutschen Reiche sein. Dies mitschaffen zu helfen, sehen wir als unsere höchste Aufgabe an und wir wollen das hier vor Ihnen bekräftigen, indem wir alle einstimmen in den Ruf: der Reichspräsident, der Führer zu einem einigen freien Reiche aller deutschen Stämme, er lebe hoch!

Nach dem freudig ausgebrachten Hoch der Journalisten nahm der

Präsident Ebert

nochmals das Wort, um seiner Freude Ausdruck zu geben, daß er mit dem Vorredner völlig überstimmen könne. Die wichtigste Aufgabe ist der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, die Wiederaufrichtung des Volkes, die Kräftigung und Stärkung eines jeden Einzelnen. Das ist schwer. Es fehlen die Bausteine, es fehlen die großen moralischen Werte. Dazu brauchen wir die Presse, ihre Mitarbeit. Die Freiheit der Presse und der Kritik wollen wir hochhalten. In den ersten Wochen, wo ich in der Regierung war, war mir nichts schmerzlicher und niederdrückender, als es geschehen lassen zu müssen, daß die Freiheit der Presse vielfach unterbunden war, ohne daß wir überall eingreifen konnten. Erste Aufgabe wird es mit sein, gegen die unerhörten Vergewaltigungen der Presse einzuschreiten. Die Erhaltung der Pressefreiheit und die Freiheit eines jeden Einzelnen ist eine meiner schönsten Aufgaben. Der Reichspräsident schloß mit einem Hoch auf die Presse.

*

Die Regierungsbildung in Weimar.

Im Schlosse zu Weimar waren den ganzen Tag über Beratungen im Gange, um die Kabinettbildung nach Möglichkeit zu fördern. Wie verlautet, soll der neue Präsident bereits Scheidemann zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt haben. Dieser sowie Ebert verhandelten darauf mit Vertrauensleuten der Mehrheitsparteien und den in Betracht kommenden Persönlichkeiten. Das endgültige Ergebnis wird vielleicht noch im Laufe des Tages bekanntgegeben. Man nimmt an, daß die große politische Debatte, die sich an die Rede von Scheidemann, Brockdorff-Rantzau und Schiffer am Donnerstag in der Nationalversammlung anschließen wird, sich mindestens bis Ende dieser oder bis Anfang der nächsten Woche hinziehen wird, zumal auch beabsichtigt sein soll, gleichzeitig die 25-Milliarden-Anleihe zu besprechen. Dann soll eine Pause von 3—4 Tagen eintreten. Ob dann sofort der Entwurf der endgültigen Verfassung in Arbeit genommen werden kann, hängt davon ab, ob die Regierung ihn bis dahin fertigstellen kann. Sonst will man sich mit den Anträgen der Parteien beschäftigen, soweit sie nicht durch die große politische Debatte erledigt worden sind.

Scheidemann über das neue Deutschland.

Aus Weimar wird gemeldet: In einer Unterredung sagte Scheidemann, der künftige Reichsministerpräsident, u. a.: Nicht wie Bismarck glaubte, gegen, sondern mit Österreich wird der neue deutsche Bund gezimmert. Nicht, wie er meinte, auf dem schmalen Pfeiler egoistischer Machtpolitik einer einzelnen Bundesregierung, sondern auf breiter demokratischer Basis des Einheitswillens aller deutschen Stämme. So wie es die besten Geister der klassischen Periode deutscher Politik ansahen, wird dieser Bau sich erheben. Die Bismarcksche Losung hat fast überall versagt, in der nordschleswigschen wie in der elsaß-lothringischen Frage haben wir ihre Fehler zu büßen. Die außenpolitische Lage Deutschlands ist so schwierig wie seine innere. Beide stehen miteinander in gewisser Verbindung. Je drückender die Deutschland zugemuteten Bedingungen werden, desto schneller müßte der Bolschewismus um sich greifen. Die Entente mag denjenigen Frieden schließen, der ihren Interessen entspricht, aber auch für uns gibt es eine Grenze, über die hinauszugehen uns unmöglich ist. Es könnte also ein Augenblick eintreten, wo wir den Verhandlungstisch verlassen müßten, nicht, um die Waffen wieder in die Hand zu nehmen — das ist nicht möglich—, aber um die Verantwortung für die furchtbaren Folgen eines solchen Friedens allein in die Hände derjenigen zu legen, die ihn vor der Geschichte glauben verantworten zu können.

Die alte Disziplin in Weimar.

Bei den Regierungstruppen in Weimar, die General Merker unterstehen, ist die alte Disziplin wieder eingeführt worden. Die Truppen, die einen ausgezeichneten Eindruck machen, verlesen regelmäßigen Exerzier- und Wachtdienst. Soldatenräte bestehen bei ihnen nicht, gegenseitige Grußpflicht ist eingeführt. Die Truppen fühlen sich in Weimar sehr wohl.

Der Kampf um die Kommandogewalt.

Wie der „Münsterische Anz." meldet, hat der Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps eine Entschließung angenommen, in der die Verfügung der Reichsregierung über die Kommandogewalt und die Stellung der Soldatenräte nicht anerkannt wird. In Richtlinien an die Bezirkssoldatenräte des 7. Armeekorps heißt es u. a.: Die Kommandogewalt im 7. Armeekorps liegt in den Händen des Generalsoldatenrats. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Waffen dürfen nur im Wacht-, Sicherheits- und Begleitungsdienst getragen werden. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armeeverordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korpsverordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden. Jede Werbetätigkeit ist zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. An Stelle des stehenden Heeres ist eine auf sozialer Grundlage aufgestellte Volkswehr zu bilden. Der kommandierende General des 7. Armeekorps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist am Sonntag in Münster eingetroffen. Der Bezirkssoldatenrat der Stadt Münster steht nicht auf Seiten des Generalsoldatenrats.

Um die Anerkennung der deutschen Regierung.

Aus Weimar wird gemeldet:

Die Waffenstillstandskommission erhielt den Auftrag, den Vertretern der Entente bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen die Bildung einer gesetzmäßigen deutschen Reichsregierung kundzugeben und um ihre Anerkennung nachzusuchen.

Gegen den Gewaltfrieden.

Ein Antrag Dr. Heinze und Genossen ersucht die Nationalversammlung, eine Erklärung zu beschließen, wonach das deutsche Volk einen Gewaltfrieden niemals annehmen und noch weniger sich einen Frieden diktieren lassen wird. Weiter heißt es in der vorgeschlagenen Erklärung u. a.: Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung legt feierlich Verwahrung dagegen ein, daß jede Möglichkeit und jede Grundlage eines Rechtsfriedens im voraus auszuschließen versucht wird durch maßlose auf den Ruin des deutschen Volkes und auf dauernde Eroberungen berechnete Waffenstillstandsbedingungen oder durch unehrliche und rechtswidrige Ausübung solcher Bedingungen. Die gleiche Verwahrung muß gegen die fortgesetzten Versuche gerichtet werden, das Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens hinfällig zu machen. Der Vorschlag, dem deutschen Volke seine Kolonien mittelbar oder unmittelbar zu entziehen, ist nichts anderes als der kaum verhüllte Ausdruck eines nackten Gewaltfriedens und zugleich die Vorbereitung eines Wirtschaftskrieges nach dem Frieden. Die Nationalversammlung erhebt entschiedenen Einspruch gegen den unerhörten Versuch der Entente, durch einen einseitig zusammengesetzten Ausschuß und auf Grund einseitigen Materials die Schuldfrage am Weltkriege feststellen zu lassen und entgegen feststehenden Normen des deutschen und Völkerrechts angeblich Schuldige vor einen nichtdeutschen Gerichtshof zu ziehen.

Eine Warnung Graf Brockdorffs.

Graf Brockdorff-Rantzau gewährte dem Berliner Vertreter des „Matin" eine Unterredung, in deren Verlauf die jüngsten Drohungen Poincarés und Clemenceaus bezüglich Deutschlands Zukunft berührt wurden. Graf Brockdorff versicherte, daß er bis zum letzten Atemzuge seine ganze Kraft gegen Deutschlands Erniedrigung aufwenden wolle und sich der Hilfe aller deutschen Patrioten sicher fühle. Er faßte mit folgenden Worten seine Meinung über die Gesamtlage zusammen: „Ich glaube an eine Versöhnung aller Völker, falls ein Rechtsfrieden zustande kommt; aber nur unter dieser Voraussetzung."

Die Kreditvorlage vom Staatenausschuß angenommen.

Der Staatenausschuß hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Kundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß Reich und Bundesstaaten jetzt und für die Zukunft unbedingt aufeinander angewiesen seien, und daß daher auch die Verhandlungen des Staatenhauses vom Geiste der Eintracht getragen sein müßten. Nach einer längeren Rede des Staatssekretärs Schiffer wurde dann als erste Vorlage die 25-Milliarden-Kreditvorlage einstimmig angenommen.

Feindliche Pressevertreter in Weimar.

In Weimar sind plötzlich nicht nur Vertreter der Neutralen, sondern auch solche der feindlichen Presse aufgetaucht. Letztere kamen zum Teil mit einem Flugzeug nach Weimar. Die Reichsregierung stand vor der Frage, ob sie die Vertreter zulassen solle. Sie entschied sich dafür, um möglichst viel Zeugen für die Verhandlungen in Weimar zu haben, damit die Vorgänge, die sich hier abspielen, keineswegs durch Voreingenommenheit ein zu ungunsten Deutschlands getrübtes Zeugnis ablegen.

Französische Gewaltherrschaft.

Die gefährliche Oberbürgermeister-Rede.

Mainz, 13. Febr. Der französische General Mangin hat den Oberbürgermeister Göttelmann veranlaßt, seine Entlassung zu nehmen, die bereits bewilligt ist. Der Erste Bürgermeister wurde mit der Fortsetzung der Geschäfte der Stadt beauftragt. Die Maßnahme des Generals Mangin ist auf eine Rede des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetensitzung zurückzuführen, worin er erklärte: Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben.

Die Lage unserer Gefangenen in Sibirien.

Kopenhagen 12. Febr. Der schwedische Delegierte vom Roten Kreuz ist von seiner Inspektionsreise der deutschen Kriegsgefangenenlager in Sibirien nach Schweden zurückgekehrt. Er teilte mit, daß die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien sehr traurig sei. Die Gefangenen hatten keine Kleider und litten unter Lebensmittelmangel.

Störung der deutschen Offensive infolge Streitigkeiten innerhalb der deutschen Truppen.

Bromberg, 12. Febr. Die vor einigen Tagen begonnene deutsche Offensive bei Bromberg mußte wegen innerpolitischen Streitigkeiten bei den deutschen Truppen plötzlich abgebrochen werden. Die deutschen Truppen hatten sich südlich der Bahnlinie Bromberg—Schneidemühl eine brückenkopfartige Stellung geschaffen und waren erfolgreich auf Exin und Schubin vorgestoßen. Da traten politische Streitigkeiten hindernd in den Weg. Der Bromberger Soldatenrat hatte den Kriegsministeriellen Erlaß über die Kommandogewalt nicht anerkannt. Die Truppen jedoch erkannten den Erlaß an, brachen die Gefechtstätigkeit ab und gründeten einen neuen Soldatenrat. Infolge dieses Ereignisses mußte die neue Offensive abgebrochen und die Truppen mußten hinter Steinburg zurückgenommen werden. Nach der Zurücknahme wurde am nächsten Tage wieder ein Vorstoß gemacht und Teile von Steinburg wurden wiedergenommen.

Landsberg (Warthe), 12. Febr. Der Ausschuß der Eisenbahnbeamten der Eisenbahndirektion Bromberg hat, wie die „Neumärkische Ztg." erfährt, an den Arbeitsminister, den Kriegsminister, die Nationalversammlung und die oberste Heeresleitung Telegramme gesandt, in denen darüber Beschwerde geführt wird, daß der Schutz der Ostmark und insbesondere im Eisenbahndirektionsbezirk Bromberg völlig unzureichend sei. Der Ausschuß erbittet schnellen und ausreichenden militärischen Schutz. Das Telegramm schließt wörtlich: „Ist bis zum 15. Februar nicht Ausreichendes zum Schutz der verzweifelnden ostmärkischen Deutschen geschehen, so legt mit Ablauf dieser Frist die gesamte Eisenbahnbeamtenschaft, die sich der Folgen wohl bewußt ist, die Arbeit nieder."

Die Niederlage der Ostelbier.

Dem alten Reichstag haben 54 Vertreter konservativer Gruppen aus Ostelbien, d. h. aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und aus Mecklenburg angehört. In die Nationalversammlung aber sind aus diesen ostelbischen Gebieten im ganzen nur 23 Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei gewählt worden. Die Zahl der Ostelbier in der deutschen Volksvertretung ist also von 54 auf 23 zurückgegangen. Besonders stark war der Rückgang der Ostelbier in Ostpreußen (von 9 auf 2), in Westpreußen (von 7 auf 2), im Regierungsbezirk Frankfurt (von 9 auf 2), und in Pommern von (10 auf 3). 42 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei sind in die Nationalversammlung gewählt worden. Von ihnen vertreten 23 ostelbische Wahlbezirke. Mit demselben Recht wie früher kann also nicht mehr gesagt werden, daß die Konservativen die Partei der Ostelbier sind.

Das Gehalt des Reichspräsidenten.

Aus Weimar wird berichtet, daß das Gehalt des Reichspräsidenten Ebert auf 1 Million ℳ jährlich festgesetzt werden soll. Das Oberhaupt des Deutschen Reiches bezog bisher als Kaiser kein Einkommen. Er erhielt aber als König von Preußen aus der preußischen Staatskasse eine Dotation, die im Sommer 1910 um 2 Millionen ℳ erhöht und auf 17 719 296 ℳ jährlich festgesetzt wurde. Aus dieser Summe waren zu bestreiten die Gehälter der Hofbeamten, die Kosten für die Unterhaltung der Königlichen Schlösser, die Zuschüsse zu den Haushaltungen der Kinder des Kaisers und anderer Mitglieder des Königlichen Hauses, sowie ein Zuschuß zur Unterhaltung der Königlichen Theater. Immerhin ist der Unterschied zwischen der Dotation für das bisherige und das neue Oberhaupt des Reiches ein sehr beträchtlicher.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0002

Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden,

Halle a. S. : e. G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.

Telegramm-Adresse: **Schlachtpferde.** **Fernsprecher 1029.**

Wir sind **dauernd Abnehmer** von

Schlachtpferden jeder Anzahl

und bitten die Herren **Landwirte** und **Pferdebesitzer**

höflichst um **Angebote**

an **uns direkt** oder an **unsere Mitglieder.**

Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Haus-Verkauf.

Wegen Veränderung beabsichtige ich mein **Wohnhaus mit Kolonialwaren-Geschäft** u. 6 Wohnungen, Mitte der Stadt, zu verkaufen. Gefl Offerten unter **H 50** an die Exped d. Bl

Umständehalber
1 Schlafzimmer Einrichtung und 1 Küchen-Einrichtung
preiswert zu verkaufen.
H. Lichtenfeld, Tischlermeister.
Radewell, Hauptstraße 3.

1 starker Federwagen
zu verkaufen Zscherneddel 20.

1 Paar neue Schnürstiefeln und 1 Paar Halbschuh
zu verkaufen
Neumarkt 32, 2 Tr. l.

2 Fuhren Dünger
verkauft **Leipzigerstraße 18 a.**

Ein fast neuer, moderner
Kinderwagen
zu verkaufen. Daselbst ein **Jackett** für Konfirmandin passend.
Clodicouer Str. 16a, 2 Tr.

Ein fast neuer Sportwagen
zu verkaufen **Delaubde 25.**

Eiserne Bettstelle mit Matratze und getragener Ueberzieher zu verkaufen. Zu erfr i d Exp d. Bl.

Schw. **Gehrock-Anzug** (Tuch), **Friedensw,** wie neu, f. größ. kr. Figur, preiswert zu verkaufen. Off. u. „Gehrock" an die Exped. d. Bl

Prima neue **Led.-Schnürstiefel** für 6—7jähr. Kind aufs Land zu vertauschen. Off. u. „Stiefel" an die Exped. d. Bl

Ein Ulster (mittl Figur) zu verkaufen
Preußerstr. 2.

Gehrock, sehr gut erhalten, für größere Figur, zu verkaufen
Breite Str. 15, 2 Tr. l.

Waschmaschine (D. R. P.) gleichzeitig **Einkochapparat,** sehr praktisch, billig zu verkaufen
Breite Str 15, 1 Tr. l.

2 hochtr. Ziegen
stehen zu verkaufen
Gasthof zum goldenen Löwen.

Wohnhaus
in gutem Zustande mit oder ohne Garten, gut verzinsbar, bei 10 bis 12000 Mk Anzahl. zu kaufen gef Ausf. Off. unter **P L 177** an die Exped d. Bl. erbeten.

Feld- od. Gartengrundst.
baldigst zu kaufen gesucht.
Offerten unter **A B 2** an die Exped d. Bl

Ein Voile- od. Mousseline-Kleid
für mittl. Person zu kaufen gef.
Offerten unter „Kleid" in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Ledergamaschen zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. d. Bl.

Suche
Geschäftshaus,
Ritter-, Gotthardtstr oder Entenplan, bei guter Anzahl. zu kaufen. Off mit Preis und Anzahl. u. näh. Angaben unter **O S** an die Exped d. Bl. erbeten.

Größere Holzbottiche
zu kaufen gesucht.
Färberei Otto Zielke.

Klavier evtl kleiner Stutzflügel
sofort preiswert zu kaufen gesucht. Offerten unter **P O** nach **Mücheln, Topfmarkt 13** erbeten.

Ein Stamm Hühner,
gute Legehühner, zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. **B L 62** an die Exped d. Bl.

Kanonen-Ofen
zu kaufen gesucht
Hallesche Str. 36, 1 Tr.

Ich suche zu kaufen:
alte, schöne Porzellantassen, bemalte Teller, Vasen u. Figuren Alte Zinnteller, Zinnkrüge und -Kannen. Altertümliche Schmuck- und Kunstgegenstände versch. Art. Schreiben Sie an **Postlagerkarte Nr. 88 in Halle a. S.**

Briefmarkensammlungen
od. bess. einz. Marken, **Kriegs- u. Kolonialmarken, alte Briefe** mit darauf befindlichen Briefmarken aus den Jahren 1850—70 von Sammler zu kaufen gesucht.
Schreiben Sie an Postlagerkarte Nr 88 in **Halle a. S.**

Briefmarken-
Sammlungen, auch einzelne ältere, lose und auf Briefen, Kriegsbriefmarken, **kauft** gegen sofortige Kasse. Komme selbst.
P. Mende, Weißenfels, Leopold Kellstr. 57.

Tischgäste
in der Zeit von tägl. 12—½2 Uhr werden noch angenommen. Off unter **A Z R** an die Exp d. Bl

8—10000 Mk sind auf Hypothek auszul
Offeren unter **G 100** an die Exped. d. Bl.

Masken zu verleihen
Saalstr. 4.

Damenmaske
billig zu verleihen auch zu verk. Auch ist daselbst ein **Rasierapparat** zu verkaufen **Sand 22,** part l.

In Merseburg
sucht Restaurant oder Wirtschaft zu kaufen oder zu pachten, ev Bierpacht oder Vertreter. Offerten an
P. Kuckl, postl. Merseburg.

Freundliche Schlafstelle
für 2 Herren frei **Kreuzstr. 1.**

Schlafstelle offen **Kreuzstraße 7.**

Die von mir innegehabte **Wohnung** (Stube, Kammer und Küche) im Hause Hälterstr. 2 ist wegen Wegzugs am 1. April oder bereits am 1. März zu vermieten. Redakt **Klötzing,** Qedlinburg a. H. Zu melden **Hälterstraße 2, 2 Tr.**

Bess. möbl Zimmer
(evtl. getr Schlafzimmer) von einzelnem Herrn (Ing nieur d Leuna-Werke) gesucht. Off u **Ingenieur** an die Exped d. Bl.

Jung. Mann sucht für sofort oder später möbl. Zimmer.
Gefl. Angebote unter **O L** an die Exped. d. Bl.

Besseres möbl Zimmer
sofort oder zum 1. März zu mieten gesucht. Gefl Angebote unter **„Magdeburg"** an die Exp d Bl

Beamter sucht möblert. Zimmer
Angebote unter **A K** an die Exped. d. Bl.

Wohnung,
Stube, Küche und Kammer, für sofort oder 1. 4 19 von Eisenbahner gesucht (1 Kind). Nähe des Bahnhofs bevorzugt.
Offerten an **Reichenbach, Gotthardtstraße 30,** erbeten

4- oder 5-Zimmer Wohnung z 1. April oder später in oder bei Merseburg zu mieten od. kl. Haus zu kaufen gesucht. Offerten unter **L W 28** an die Exped. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht sonnige Wohnung
in Merseburg oder Umgebung im Preise bis 200 Mk. Angebote an **Häßler, Glaucha,** Färberstr 22.1.

Wohnung
von 5 Zimmern zum 1. April gesucht. Angebote unter **A B** an die Exped. d. Bl.

Wohnung,
bestehend aus 2 Stuben, Kammer u. Küche, baldmöglichst, spätestens 1. 4. in besserem Hause zu mieten gesucht. Gefl. Off. unter **H W** an die Exped. d. Bl.

50 Mark Belohnung
bei Mietabschl. für den Nachweis einer 3 Zimmer-Wohng. Angebote unter **J J 1** an die Exped d. Bl.

10 Mark
für den Nachweis eines möblierten Zimmers auch an Wirtin selbst. Off. u **R W 45** an die Exp. d. Bl.

---

50 Mark Belohnung!
demj. der einer Familie (4 erwachs. Pers.) eine Wohnung von Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör sofort oder 1. 4. nachweist.
R. Möbius, Leunaerstraße 26, Hintern 2 Tr.

25 Mark Belohnung
bei Mietsabschl. demjenigen, der mir für 1. 4 oder 1. 5. eine 3-Z.-Wohng. mit Küche und Zubehör vermietet. Gefl Mitteilungen u. **A M 7** an die Exped. d. Bl.

Neu eingetroffen:
Echter Cognac
Weinbrand
Alter Steinhäger
Adolph Frank,
Weinhandlung Burgstraße 3.

Emmy Hertel
Konzert- und Oratorien-Sängerin
nimmt Schülerinnen an
Domstraße 1 II.

Zur unterrichtlichen Einführung in die leicht zu erlernende Hilfssprache
„Esperanto"
hält sich immer noch gern bereit
Georg Rettelbusch,
Gymnasiallehrer a. D.,
Unter-Altenburg 41.

Stahldrahtmatratzen
für jede Bettstelle nach Maß Polsterauflagen an Private. Katal. frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl.

Fuhren all. Art
wie Kohle, Sand, Asche — usw. besorgt —
Emil Jentsch, Neumarkt 67

Gesalz. Scholle
empfiehlt
Emil Wolff, Rossmarkt.

Achtung!
Frauenhaar, Roßhaar, Kaninchenfelle, Lumpen u. Alt-Metalle kauft zu höchsten Preisen
Frau Jrmisch, Johannisstr. 16 parterre.

Philharmonie!
Freitag den 14. Februar d. J., abends 8 Uhr
Generalversammlung
im **„Strandschlößchen".**
Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung werden alle Mitglieder ersucht, vollzählig zu erscheinen.
Der Einberufer.

Welch. Damen-Schneidermstr.
nimmt jg. Mädch. als **Lehrling** an? Gefl. Offerten u **„Lehrling"** an die Exped. d. Bl

Ein junger Beamter
im Alter von 32 Jahren sucht Bekanntschaft mit einer jungen Dame **zwecks späterer Heirat Witwe** nicht ausgeschlossen Offerten unt. **G G 14** an die Exped d. Bl

Heirats-Gesuch.
Witwer, Mitte 30er Jahre, **sucht Bekanntschaft mit einer jungen Dame,** am liebsten vom Lande. Kriegs-Witwe nicht ausgeschlossen, Offerten vermittelt unter **A K 27** die Exped d. Bl.

Junger Herr, 25 Jahr alt, **wünscht die Bekanntschaft mit einer jungen, hübschen Dame zwecks späterer Heirat** Ernstgemeinte Briefe u. **K K 3** an die Exped. d. Bl

An unserer Kasse ist zum 1. April 1919 die Stelle des
Lehrlings
zu besetzen
Angebote mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Beifügung von Schulzeugnissen sind bis zum 15. Februar 19.9 dem Magistrat einzureichen.
Merseburg, den 7. Febr. 1919.
Der Sparkassenvorstand.

Suche Ostern für mein Kolonialwaren- und Zigarren Spezialgeschäft einen
Lehrling
mit guter Schulbildung.
E. Frahnert,
Kl. Ritterstr 2

Lehrling,
welcher Lust hat, die **Färberei** zu erlernen, gesucht.
Otto Zielke.
Färberei u chem. Waschanst.

Ich suche für Sägewerk und Lagerplatz einen tüchtigen
Arbeiter.
Gustav Winckler Nachf., Merseburg Moltkestraße.

Zuverl. Anlegerin
sofort gesucht
Buchdruckerei Fr. Stollberg.

Jüngeres Mädchen
als Aufwartung für einige Std. Freitags od. Sonnabends nachm. gesucht **Kl. Ritterstr. 14, 3 Tr. r.**

Aufwartung
gesucht **Gotthardtstr. 32, 1 Tr.**

Saub. Aufwartung
für nachmittags sofort gesucht
Carl Stürzebecher.

Für den Vormittag wird **Aufwartung**
für kleinen Haushalt gesucht
Christianenstraße 5, 2 Et. l.

Zuverl. Aufwartung
sofort gesucht **Gotthardtstr. 48.**

Arme Kriegersfrau 400 Mark am Bahnhofsschalter verloren!
Ehrlichem Finder hohe Belohnung. Abzugeben bei
Frau **Gaudernack,** Merseburg, Johannisstraße 2.

Verloren.
Eine schwarze Brieftasche mit Militärpapieren und Geld Ecke Roonstraße verloren; gegen gute Beloh. abzug. **Roonstraße 13, p. r.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0003

Merseburger Ratskeller

Sonnabend den 15. Februar

Künstler-Konzert!

Walzer- und Operetten-Abend!

Anfang 7¼ Uhr. — Ende 10 Uhr.

O. Kießler.

Kammer-Lichtspiele

Kleine Ritterstrasse 3 — Fernruf 529

Henny Porten!

Ab Freitag bis Montag:

Das Maskenfest des Lebens!!!

Bezauberndes Drama — in 4 Akten!!! —

Hierzu ein prächtiges Beiprogramm!

Heute, Donnerstag, zum letzten Male:

Die Liebe des Königskindes!!

Cinophon-Theater

Grosse Ritterstrasse 1.

Ab Freitag bis Sonntag:

Die Dose des Kardinals.

9. Abenteuer des Sherlock Holmes. Detektivdrama in 4 Akten in der Hauptrolle: Ferdinand Bonn.

Der 7. Oktober.

Ein seltsames Erlebnis in 4 Akten.

Außerdem das Beiprogramm.

Sonntag ab 3 Uhr: Jugend-Vorstellung, ab 5 Uhr und 7½ Uhr: Vorstellungen für Erwachsene.

Braunsdorf.

Mittwoch den 19. Februar d. J. abends 6½ Uhr großes

Extra-Militär-Konzert

ausgeführt von dem aktiven Trompeter-Korps Mans. Feld-Artl.-Regts. Nr. 75 unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmstrs. Carl Steuer.

Gut gewähltes Programm.

Nach dem Konzert: Ball.

Ergebenst laden ein

C. Steuer, Obermusikmeister. — H. Müller, Gastwirt

Kaffeehaus Meuschau

Sonntag den 16. Februar, von nachmittags 3 Uhr an

grosse Ball-Musik

bei vollbesetztem Orchester!

Hierzu ladet freundlichst ein — Karl Steinfelder.

Neues Schützenhaus

Sonntag den 16. Februar, von nachmittags 3 Uhr an

grosser BALL!!

Neueste Tänze!

Gesang-Verein S. L.

Es ladet höflichst ein — Der Vorstand.

Die ordentliche General-Versammlung

des

Vorschuß-Vereins zu Merseburg

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

findet

Sonntag den 23. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr, im oberen Saale des „Tivoli" hierselbst

statt.

Hierzu werden sämtliche Mitglieder des Vereins ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht über das Jahr 1918 und Genehmigung der Bilanz.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes und Erteilung der Entlastung.
3. Aenderung der Höchstgrenze für aufzunehmende fremde Gelder.
4. Aenderung der § 1 und § 47a der Statuten.
5. Neuwahl für die nach Ablauf ihrer Wahlperiode ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren M. Nell, P. Kohl, A. Fruth.
6. Wahl der Abschätzungskommission.
7. Bericht über die Verhandlungen auf dem Verbandstage in Merseburg und dem allgemeinen Genossenschaftstage in Nürnberg.

Etwaige Anträge sind bis zum 19. d. Mts. schriftlich beim Unterzeichneten einzureichen.

Merseburg, den 12. Februar 1919.

Der Aufsichtsrat des Vorschuß-Vereins zu Merseburg eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Herm. Vollrath, Vorsitzender.

Gasthof Oberbeuna

Zur Einweihung meines neu renovierten Saales findet Sonnabend den 15. Februar, von nachmittags 3 Uhr ab

große BALL-MUSIK

statt, wozu ergebenst einladet — H. Wünsch.

Tanzschule Hünicke-Hölzer

Zu unserem **Zirkel für Beamte und Kaufleute** (2. Stunde Donnerstag den 20. Februar) nimmt Herr Ohme, Brühl 20, noch Anmeldungen junger **Damen** entgegen.

Ehemalige Schülerinnen von uns erhalten bedeutende Ermässigung.

Auch zu unseren **Frühjahrs-Zirkeln** (Schüler- und Abend-Kurse) liegen die Listen aus.

Am Freitag den 14. Februar feiert die 11. Komp. des Inf.-Reg. 153 ihren

Einzugs-Ball

im „Neuen Schützenhause".

Beginn 5½ Uhr abends.

Tanzlustige Damen und Herren werden herzlichst dazu eingeladen!

Kaiser-Panorama

Kaiser-Wilhelmshalle (Hallesche Straße).

Täglich geöffnet von nachmittags 3 bis 9 Uhr abends.

Diese Woche

Rüdersdorfer Kalkwerke.

Varieté

Thüringer Hof Merseburg.

Heute und folgende Abende

große Vorstellungen.

Beginn ½8 Uhr.

Die Anmelde-Bogen zur Ausstellung müssen spätestens am 14. d. M. nachmittags Bürgergarten 9, part., abgeliefert sein. Später eingehende Anmeldungen können keine Berücksichtigung finden.

Allgem. Turnverein.

Sonnabend den 15. Febr. 1919, abends 8 Uhr.

Vereins-Versammlung

im Gasthof **Alte Post.**

Der Vorstand.

Bündorf.

Sonntag den 16. Februar, von nachm. 4 Uhr und abends 7 Uhr ab große

Ball-Musik

wozu freundlich einladet

A. Conrad.

Knapendorf.

Zum **Masken-Ball** am Sonnabend den 15. d. M., von abends 7 Uhr ab ladet freundlichst ein — Oswald Brauer.

Kurzsichtig ist jeder, der für seine Gesundheit kein Geld übrig hat! Rheuma, Schnupfen, Influenza, Furunkel, offene Beine, Nerven-, Herz- und Frauenleiden. Gute Heilerfolge d. Dampf-, Licht-, Fichtennadel-, Sauerstoff-, Kohlensäure oder Moorbäder. Bestrahl. mit Rot- od. Blaulicht. Elektr. und Handmassage.

Johannisbad Merseburg, Johannisstr. 10. 1 Min. vom Markt. Tel. Nr. 245.

Zur **modernen Frisur Zöpfe** in allen Farben vorrätig.

Otto Stiebritz, Damenfriseur-Salon, Gotthardtstraße 32. Tel. 413

Fuhren jeder Art nimmt an Rich. Diettrich, Sand 18, Telephon 531.

Hierzu eine Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Correspondent“

Nr. 38 Freitag den 14 Februar 1919

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Ebert als Reichspräsident.

Vor wenigen Tagen hat Fritz Ebert, der neue Reichspräsident, seinen 48. Geburtstag begehen können. Er wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Sein Vater war ein kleiner Schneidermeister, der nur mühsam für die Seinen — Ebert hatte noch 5 Geschwister — sorgen konnte. Der junge Ebert besuchte in Heidelberg die Volksschule und trat 1885 in die Sattlerlehre ein. Die Lehrzeit endete 1889 und die folgenden Jahre führten den jungen Sattlergesellen nach Mannheim, wo er zum erstenmal in Berührung mit der sozialdemokratischen Partei kam, nach Hannover, wo er eine Zahlstelle des Sattlerverbandes mitgründete, nach Kassel, Braunschweig, Elberfeld-Barmen und Versenbrück bei Osnabrück. Vom Mai 1891 an ist er noch ein Jahr als Sattlergeselle in Bremen tätig, dann trat er in den Dienst der sozialdemokratischen Partei, indem er in die Schriftleitung der Bremer Bürgerzeitung eintrat. 1900 wurde er Arbeitersekretär in Bremen. In diesem Jahr wählte man ihn auch in die Bremer Volksvertretung, die Bürgerschaft. Eberts ruhige Besonnenheit und das Verantwortungsgefühl, das ihn auszeichnete, hatten zur Folge, daß er im September 1905 in Jena in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt wurde. Er beschäftigte sich zuerst mit den inneren Angelegenheiten der Partei. Der Entwurf über die Neuorganisation der Partei an den Leipziger Parteitag 1909 stammte von ihm. Als Bebel 1913 starb, wurde Ebert auf einstimmigen Vorschlag des Vorstandes als Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei gewählt und ebenso zum Mitglied des internationalen sozialistischen Büros, dessen Sitz in Brüssel war. In den Reichstag hatte ihn 1911 der Wahlkreis Elberfeld-Barmen entsandt. 1916 wurde Ebert Fraktionsvorsitzender neben Scheidemann und trat 1918 an Fehrenbachs Stelle die Leitung des Hauptausschusses des Reichstages an. Die Revolution des 9. November 1918 hob Ebert auf die Stelle des Reichskanzlers. Er amtierte 2 Tage und wurde dann leitende Person im Rat der Volksbeauftragten, bis ihn nun die Nationalversammlung an die Spitze der neuen deutschen Republik stellte.

Die vorläufige Verfassung.

Die Annahme der vorläufigen Verfassung in der Montagssitzung der Deutschen Nationalversammlung fordert nach zwei Seiten nachträglich zu einer Besprechung heraus.

Der Bund zwischen Partikularisten und Unabhängigen Sozialdemokraten, zwischen Dr. Heim und Dr. Cohn, war ein Charakteristikum der parlamentarischen Konstellation. Er wird sich in der Folge noch oft bemerkbar machen; denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die bayerische Volkspartei, wie das bayerische Zentrum firmiert, oder die Unabhängigen Sozialdemokraten sich mitschaffend am großen Werk der endgültigen Verfassung beteiligen werden. Die deutsche Verfassung kann nur auf unitarischer und demokratischer Grundlage zustande kommen. Jeder Partikularismus (selbstverständlich nicht nur der bayerische, sondern in gleichem Maße auch der preußische) ist der Feind des neuen deutschen Volksstaates. Es gibt keine preußische, es gibt keine bayerische Nation, sondern nur eine deutsche Nation. Die Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung wird sich hoffentlich niemals bereit finden lassen, den Partikularisten vom Schlage Dr. Heims Konzessionen zu machen, die einen wahrhaften Neubau des deutschen Staates gefährden; die Drohungen dieser Politiker sind wirklich nicht viel mehr als Luftbiebe. Oder will Herr Dr. Heim etwa einen selbständigen bayerischen Staat gründen? Er verspreche seinen Landsleuten doch nicht mehr, als er halten kann!

Die deutsche Verfassung kann selbstverständlich auch nur auf demokratischer Grundlage zustande kommen! Damit ist schon gesagt, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten sie nicht mitbeschließen werden. Wären sie ehrliche Demokraten, so hätten sie am Montag ein aufrichtiges Bekenntnis zur Souveränität der Nationalversammlung abgelegt. Das haben sie nicht getan, sie haben vielmehr, indem sie den revolutionären Organen der Arbeiter- und Soldatenräte auch weiterhin Einfluß auf die Gesetzgebung gewähren wollten, indem sie offen mit einer Fortführung der Revolution gegen die auf breitester Basis gewählte Nationalversammlung drohten, sich außerhalb der demokratisch-legalen Parteien gestellt. Sie liebäugeln mit der äußersten Linken, sie kokettieren mit Spartakus. Warum sagen sie das nicht offen? Warum bekennen sie sich nicht mutig zu der Politik, die sie nun doch einmal betreiben? Der „Vorwärts“ spottete kürzlich über die Unabhängigen als über die neuen Nationalliberalen. Er hatte nur zu recht.

Die Taktik der Unabhängigen in der Frage der Geheimdiplomatie war bereits gedacht. Wir unsererseits sind sicherlich die entschiedensten Gegner des alten international-diplomatischen Systems; wir können uns aber nicht zu der Ansicht durchringen, daß alle anderen Staaten weiterhin Geheimverträge abschließen dürfen, nur ausgerechnet wir gehalten sein sollen, das nicht zu tun. Der Kampf der Unabhängigen Sozialdemokraten war denn auch nicht viel mehr als ein Kampf gegen Windmühlen; genützt hat er dem auch von uns gewünschten Ziele nichts, geschadet aber hat er der Sache des Vaterlandes, des Völkerbundes und den neuen Methoden im internationalen Verkehr. Die Unabhängigen bleiben sich eben überall gleich; die Rolle des Herrn Eisner in Bern, wo dieser sonderbare Herr aus München weiter munter sein eigenes Vaterland anklagt, gehört mit in das Kapitel nationaler Würdelosigkeiten, von denen die Geschichte der Unabhängigen bereits mehr als genug aufweist.

Ein anderes Bild der Montagssitzung der Nationalversammlung darf indes über der augenfälligen partikularistisch-unabhängigen Opposition nicht übersehen werden. Die provisorische Verfassung ist auch von der Rechten, von der Deutschen Volkspartei wie von der Deutschnationalen Volkspartei mit beschlossen worden. Die Verwahrungen dieser Parteien, die Verwahrung insonderheit der Deutschnationalen Volkspartei, werden indes vielleicht in der Öffentlichkeit nicht so zur Geltung kommen, weil die deutschnationalen Abänderungsanträge zu Beginn der Sitzung zurückgezogen wurden. Diese Anträge werden in ähnlicher Weise bei den Beratungen der endgültigen Verfassung wiederkehren; sie hatten zum Zweck, die republikanische Verfassung zu durchlöchern dadurch, daß die Möglichkeit einer monarchischen Spitze in aller Form offen gelassen wurde.

Das ist selbstverständlich eine Politik, die a limine abzuweisen ist. Es kommt heute, wie oft soll es gesagt werden, gar nicht darauf an, wie man theoretisch zur Frage der Monarchie oder der Republik gestanden haben mag, sondern einzig darauf, mit welchem System Deutschland aus der Revolution wieder zu Zuständen der Gesetzmäßigkeit und der Ordnung herausgeführt werden kann. Dies System aber ist allein das republikanische, und darum muß es gewählt und vor allen Verdunkelungen geschützt werden. Das republikanische System allein gewährleistet auch den Aufbau des deutschen Staates in unitarischem Sinne, von dem wir eben sprachen: Grund genug, den deutschnationalen Herren in der Nationalversammlung scharf auf die Finger zu passen. Im übrigen werden die bevorstehenden großen Debatten in der Nationalversammlung schon erkennen lassen, daß von der Mehrheit, die die provisorische Verfassung beschloß, nicht auf die Arbeitsmehrheit der Zukunft geschlossen werden darf.

Die Arbeitsmehrheit wird gebildet werden aus den Parteien, die auch die Mitglieder des neuen Reichsministeriums stellen: aus Mehrheitssozialdemokraten, Deutschen Demokraten und Zentrum. Diese Mehrheit soll nicht besagen, daß sie andere Parteien von der Mitarbeit ausschließen will, im Gegenteil, jeder, der ehrlich in demokratischem Geiste mitzuarbeiten bereit ist, ist willkommen. Kein Raum aber ist und darf sein für politische Zweideutigkeiten, die der Fluch des alten Systems waren. Die neue Regierungsmehrheit wird, wie wir hoffen, ihre Tätigkeit beginnen mit einem klaren, des Öffentlichkeit unterbreiteten Programm: daran sollen sich die Geister scheiden. So allein wird segensreiche Arbeit geleistet werden von der Versammlung, auf die das Volk blickt als auf Deutschlands Hoffnung, ja vielmehr als Deutschlands Rettung!

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Deutschlands Gesamtverlust.

6 490 000.

In Ergänzung früherer Mitteilungen über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkriege können wir über die Gesamtziffer der deutschen Verluste bis zum 30. November 1918 bis folgenden zuverlässigen Zahlen mitteilen:

1 600 000 Tote,
203 000 Vermißte,
618 000 Gefangene,
4 069 000 Verwundete,
6 490 000 Gesamtverlust.

Die Zahl der gefallenen Offiziere (die in obigen Zahlen mit einbegriffen sind) beträgt 58 500. Die Zahl der verwundeten und erkrankten, erblindeten und siechen deutschen Offiziere übersteigt 200 000, unter ihnen befinden sich Offiziere, die mehr als fünfmal verwundet wurden.

Paris fordert Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen.

Wie die Pariser Blätter melden, sind in Paris in letzter Zeit Gerüchte verbreitet worden, daß die französische Demobilmachung zufolge der

arroganten Haltung Deutschlands

eingestellt sei. „Midi“ erklärt, eine solche Maßnahme sei, wenn sie auch ins Auge gefaßt sei, nicht beschlossen worden. Sie könne erst durch die Weigerung Deutschlands, die neuen Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, notwendig werden. Bisher sei dies aber nicht bekannt. Die Blätter fordern, besonders die offiziösen Organe, weitere nachdrücklich

Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen

und erklären, die notwendig gewordene neue Energie müsse sich in drei verschiedenen Arten umsetzen: Besetzung des Ruhrbeckens einschließlich Essen, Herabsetzung der deutschen Heeresmacht auf 20 bis 25 Divisionen ohne jede andere Artillerie und Zurücknahme der deutschen Truppen die Polen bedrohen. Auch

wirtschaftlich beginnt die Presse ernsten Sorgen Ausdruck zu geben.

Die ganze Presse stimmt zu, daß der Alarmruf Clemenceaus vollkommen berechtigt sei, so daß das Blatt „Humanite“ berechtigt fragt, wohin die Entente steuere, sie scheine noch schlimmer handeln zu wollen als Deutschland in Brest-Litowsk gehandelt habe. Der Völkerbund, das heißt, das einzige Mittel zur dauerhaften Ausgestaltung eines gerechten Friedens sei nunmehr selbst in Gefahr.

Schlechte Aussichten für unsere Versorgung.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. Februar in Spa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben: Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen werden. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittellieferungen nicht besteht. Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen des ebenfalls in Spa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Jobst.

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Thoma erbat es sich sogar von mir. Er hoffte, dadurch jeden Verdacht niederzuschlagen, den etwaige Zweifler noch an meiner Unschuld hegen. Aber ich gehorche ihm nicht, da uns in den nächsten Jahren große Ausgaben bevorstehen, um Wilhelm die Gesundheit wieder zu gewinnen. Sollte er siech bleiben, sind wir auf unser Vermögen allein angewiesen. Das ist der Grund, daß ich hier stehe und mein Recht fordere. Solltest du auf meinen Vorschlag nicht eingehen, so bestehe ich darauf, daß auch das Elternhaus und der Garten abgeschätzt und bei der Erbschaft dir angerechnet werden. Sie haben bei ihrer günstigen Lage einen hohen Wert.“

Ihren Worten folgte eine unheimliche Stille. Bernhard erkannte, daß Jette willens war, ihr Recht bis ins kleinste gegen ihn zu verteidigen, und er sah schon eine Kette von Prozessen entstehen, die den lieben Nächsten Stoff zum Klatsch geben und ihn ärgern und schwer schädigen würden. Sein Blick begegnete dem des Justizrats, der ihn warnend ansah, um sich dann mit warmem Aufleuchten der Mutter zuzuwenden, neben die Onkel Albert getreten war, leise in sie hineinredend.

Da erkannte er, daß die Macht auf der anderen Seite lag, und er war schlau genug, einzulenken. Als sie nach einer Stunde auseinandergingen, war alles nach Jettes Willen geordnet. Doch als Frau Dohm beim Aufbruch versuchte, sich der Tochter zu nähern, um ihr zu danken, trat Bernhard rücksichtslos dazwischen und zog ihren Arm fest durch den seinen, vor Jette und Onkel Albert das Zimmer verlassend und sie sorglich in ihr Heim, das sie schon verloren glaubte, zurückführend.

Am andern Morgen brachte Christian Hoß einen Brief der Mutter. Jette las:

„Mein liebes Kind!

Du hast wacker für mich gestritten und hast damit alles gut gemacht, was Du Deinem Vater gegenüber gefehlt hast. Ich weiß ja am besten, daß die Schuld auf beiden Seiten lag. Du hast mir mein Heim wieder gegeben, das geliebte alte Haus, den schönen Garten und dazu die Mittel, mich meines Besitzes zu erfreuen. Ich nehme alles an in dem Bewußtsein meines Rechts, das mir vom Vater bestimmt war. So bleibt mir meine Selbständigkeit gewahrt, und was das in diesem Fall bedeutet, brauche ich Dir nicht zu sagen. Darum danke ich Dir von ganzem Herzen.

Ich hätte Dir das alles gern Auge in Auge gesagt, mein liebes Kind, aber ich habe Rücksichten zu nehmen. Bernhard würde es mich unerbittlich fühlen lassen, wenn ich Dir öffentlich die Hand zur Versöhnung böte. Aber Du sollst wissen, daß ich fest an Deine Unschuld glaube. Nie werde ich erlauben, daß in meiner Gegenwart Worte des Zweifels laut werden. Die Welt wird nicht zu überzeugen sein. Das mußt Du tragen. Aber die Zeit wird ja auch da mildernd wirken. Man wird vergessen, und wenn Ihr in Jahren nach Wilhelms Gesundung wieder ganz zurückkehrt, so hoffe ich, daß auch Bernhard zugänglicher sein wird. Nees ist in letzter Zeit sehr hinfällig geworden, ich würde seinen baldigen Tod nicht beweinen. Du weißt, was ich damit sagen will.

Und nun noch eins. Ich hätte Dir so gern etwas besonders Liebes angetan, und als ich noch darüber sann, was ich Dir von Vaters Nachlaß schenken könnte, trat Christian ins Zimmer und bat mich um seine und Regines Entlassung. Das Doppelgespann möchte in Eure Dienste treten. Mir ist es jetzt wie ein Fingerzeig von oben. In der schweren Zeit, der Ihr entgegengeht, braucht Ihr ein paar Getreue, die Euch die Sorge um all den täglichen Kleinkram des Lebens abnehmen. Hoß ist ja auch als Pfleger gut geschult. Es wird mir nicht leicht, mich von den beiden zu trennen, und ich will es ehrlich gestehen, ich habe alles getan, um sie mir zu erhalten. Es war vergebens, und damit gewinnt bei mir die freudige Genugtuung überhand, daß für Euch Unschätzbares damit gewonnen wird. Euer Bräuer will zu mir kommen und Regine hofft mir in Milchen einen Ersatz zu erziehen. Fürs erste wirst Du sie wohl noch nicht gebrauchen, aber Du sollst wissen, daß sie jederzeit abkömmlich ist, wenn Du sie zu Dir ruft. Hoß dagegen würde ich an Deiner Stelle sofort mitnehmen. Schon der Jungen wegen, die bei ihrem Temperament in der Freude stets der Aufsicht bedürfen. Wilhelm wird viel liegen müssen, und dadurch bist Du sehr gebunden, überhaupt wirst und mußt Du ihm ganz leben wollen, da dürfte Euch Christian bald unentbehrlich sein. Nimm ihn freundlich auf und kränke ihn nicht in seiner großen Anhänglichkeit, indem Du ihm abweist. Ich glaube, daß Du die Entscheidung allein treffen darfst und daß Thoma einverstanden sein wird. Wollt Ihr ihn nicht mitnehmen, so laßt ihn doch als Vertrauensmann in Eurem Haus. Er weiß, daß ich ihn und auch Regine im Dienste behalte, wenn Du und Thoma nicht gewillt seid, sie bei Euch anzustellen. Wenn Du kannst, so gib ihm gleich Bescheid, denn die Aufregung der beiden ist groß, wie Du Dir denken kannst.

Noch eins. Bernhard hat, wie ich erfuhr, Christian schon zu allerhand Diensten herangezogen, obwohl er nach Lage der Dinge nicht dazu berechtigt war. Das würde vielleicht auch mancherlei Unzuträglichkeiten geben, wenn Hoß bei mir bliebe. Er hält in allem fest zu Dir. Das habe ich gespürt in den langen schweren Jahren, als ich Dir auf Vaters Befehl fernbleiben mußte, und das ergibt ja schon von selber eine schiefe Stellung Bernhard gegenüber, der ihm gerade wie Mathilde gleich einem gewöhnlichen Dienstboten begegnet. Das hat er nicht verdient.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0005

weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung, wie gestern bereits festgestellt, nach wie vor höchst unsicher.

Die Rohstoffblockade bleibt bestehen.

Wie die Pariser „Daily Mail" berichtet, machte Tardieu den Journalisten folgende Eröffnungen über die Rohmaterialienfrage: Es besteht die Absicht, die Blockadefrage so zu lösen, daß den Neutralen möglichste Importfreiheit für die Einfuhr von Rohmaterial gegeben wird. Die Neutralen müssen absolute Garantie geben, daß nichts von den Waren nach Deutschland kommt. Frankreich ist vollkommen entschlossen, keine Rohmaterialien nach Deutschland kommen zu lassen. Da ein Drittel der französischen Industrie zerstört ist, würde man Deutschland in die Lage setzen, im Frieden die französische Industrie zum zweiten Male zu zerstören. Tardieu erklärte, daß die Alliierten in dieser Frage vollkommen einig seien. In der Frage der Ernährungsmittel dagegen wolle man sehr generös (?) zu den feindlichen Ländern sein.

Beschlagnahme von Wohnungseinrichtungen in Aachen.

Die Stadtverwaltung von Aachen teilt mit, daß sie genötigt ist, um die für die Unterbringung der Stäbe der Besatzungstruppen notwendigen Wohn-, Speise- und Schlafzimmereinrichtungen zu erlassen, auf die Bestände der Privathaushaltungen im Requisitionswege zurückzugreifen.

Ein sozialpolitisches Weltprogramm.

Deutsche Vorschläge für die Friedenskonferenz.

Das Reichsarbeitsamt hat im Einvernehmen mit Sachverständigen aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften und von Sozialreformern ein Programm aufgestellt, mit dem die deutsche Regierung in die auf der allgemeinen Friedenskonferenz zu erwartenden Beratungen über eine internationale Regelung des Arbeiterrechts eintreten will. Das Programm, an das sich die Regierung nur bei allseitiger Annahme gebunden erachten würde, besteht aus 27 Punkten.

Es sieht die internationale Regelung des Freizügigkeits-, des Koalitionsrechts, der Arbeitsvermittelung, Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, der Arbeitshygiene, der staatlichen Arbeitsaufsicht und der internationalen Durchführung vor.

Auswanderungsverbote sind unzulässig, ebenso generelle Einwanderungsverbote, wenn sie nicht zum Schutz der Volksgesundheit oder mit Rücksicht auf zeitweilige Arbeitslosigkeit bestimmt sind oder durch die Forderung bestimmter Mindestkenntnisse im Lesen und Schreiben zum Schutz gewisser Betriebe eingeschränkt werden.

Das freie Koalitionsrecht und das Recht der Koalitionen, die wirtschaftlichen Interessen, besonders in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten, ist gleichmäßig für in- und ausländische Arbeiter zu gewähren, einschließlich des Streikrechts. Ausländische Arbeiter werden in Lohnfragen den inländischen gleichgestellt und dürfen nicht wegen gewerkschaftlicher Handlungen ausgewiesen werden. Vor der Vollstreckung von Ausweisen kann an die richterliche Entscheidung appelliert werden.

Die Arbeitsvermittelung ist durch den Ausbau der Arbeitsmarktstatistik von den vertragschließenden Staaten zu regeln. Die Statistiken werden durch eine internationale Zentralstelle in kurzen Zeiträumen ausgetauscht.

Die Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Alter und Arbeitslosigkeit, ferner Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung werden in allen Staaten eingeführt, und zwar unter Gleichstellung der Ausländer. Die Gegenseitigkeit der Staaten in bezug auf die Fortzahlung der Renten an rückwandernde Ausländer soll vereinbart werden.

Die Gesetzgebung für Arbeitshygiene, insbesondere der Schutz in gefährlichen Betrieben sind in allen Staaten auszubauen, bewährte Schutzvorrichtungen gegen Unfallgefahr und Berufskrankheiten sind international zu vereinbaren. Ein besonderes Seemannsrecht und ein Seemannsschutz sind unter Mitwirkung der betreffenden Organisationen zu schaffen.

In gewerblichen Betrieben wird der Achtstundentag eingeführt, die Arbeitsdauer für Arbeiterinnen beträgt am Sonnabend vier Stunden, und zwar bis 12 Uhr mittags.

Jugendliche dürfen vom vollendeten 14. Lebensjahre an Lohnarbeit leisten und müssen bis zum 18. Lebensjahre Fortbildungsschulunterricht genießen. Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft insgesamt 10 Wochen — davon mindestens 6 Wochen nach der Niederkunft — nicht beschäftigt werden. Für gleiche Arbeitsleistungen ist Arbeiterinnen der gleiche Lohn wie Arbeitern zu zahlen. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist, abgesehen von dringenden technischen Erfordernissen, zu verbieten. Die wöchentliche Ruhepause beträgt mindestens 32 Stunden, und zwar zwischen Sonnabend und Montag früh. In bestimmten Ausnahmefällen muß sie an Wochentagen gewährt werden.

Alle diese Bestimmungen finden sinngemäß Anwendung auf die Heimindustrie. Heimarbeit, die mit schwerer Gesundheitsgefahr verbunden ist oder der Herstellung von Lebens- und Genußmitteln dient, ist zu verbieten.

Ferner wird Fürsorge für die fremdsprachlichen Arbeiter und für die staatliche Arbeitsaufsicht getroffen. Die Berichte der Aufsichtsorgane sind alljährlich zu veröffentlichen.

Zur Vereinheitlichung der sozialen Einrichtungen werden mindestens alle fünf Jahre internationale Konferenzen in Bern veranstaltet, auf denen jede Macht eine Stimme hat und bindende Beschlüsse mit vier Fünftel Mehrheit gefaßt werden müssen. Eine ständige Kommission, die von den Vertragsmächten, vom internationalen Gewerkschaftsbund und vom internationalen Arbeitsamt in Basel beschickt wird, ist in Bern zu bilden. Sie arbeitet in ständiger Fühlung mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel.

Provinz und Umgegend.

† **Halle,** 13. Febr. Der hiesige A.- und S.-Rat hat in gemeinsamer Sitzung beschlossen, der Polizeiverwaltung aufzugeben, alle Maskenbälle und ähnliche Vergnügungen zu verbieten. Vergnügungen anderer Art müssen polizeilich angemeldet werden. — Die Neuwahl der Stadtverordneten findet hier am 2. März statt.

† **Magdeburg,** 13. Febr. Der Belagerungszustand in Magdeburg wird von Mittwoch ab dahin gemildert, daß Lokale bis 11 Uhr aufhalten dürfen und die Straßenabsperrung um 12 Uhr nachts eintritt.

† **Altenburg,** 13. Febr. Die Stadtverordneten stimmten einer Vorlage des Stadtrats zu, wodurch eine Tanzsteuer zur Einführung kommt, die bei Maskenbällen 1 M und bei anderen Bällen 50 ₰ für die Person beträgt. Ferner wurde beschlossen, die Sätze der Eintrittskarten- und Lustbarkeitssteuer zum mindesten auf das Doppelte zu erhöhen und auch die Eintrittskarten zum bisherigen Hoftheater der Besteuerung zu unterwerfen, wodurch der Stadt jährlich etwa 50 000 M zufließen werden.

† **Kamburg,** 13. Febr. In Sachen des Landwirts Lippach aus Schmiedehausen, der unter dem Verdacht, seine beiden Frauen ermordet zu haben, in das Rudolstädter Landgerichtsgefängnis eingeliefert wurde, ist auch ein Agent verhaftet worden, bei dem Lippach seine Frauen versichert hatte. Die erste Frau hat der moderne Blaubart erwürgt. In einem Dorfe in der Nähe von Halle heiratete er zum zweitenmal. Über den ebenfalls plötzlichen Tod seiner zweiten Frau wurde aber dort Verdacht geschöpft und an zuständiger Stelle Meldung gemacht. L. soll sich finanzielle Passionen geleistet haben, die über seine Einnahmen und Verhältnisse hinausgingen. Jedenfalls suchte er sich Mittel dadurch zu verschaffen, daß er seine Frauen gut versicherte und sie dann ermordete.

Lokalnachrichten.

Merseburg, 13. Februar.

** **Bei Frostwetter** läßt es sich vielfach nicht vermeiden, daß Gemüse erfriert. Derartige Ware ist bei sofortigem Verbrauch nicht im geringsten minderwertiger als nicht erfrorene Ware, nur muß sie richtig behandelt werden. Man legt erfrorenes Gemüse am Abend in kaltes Wasser und läßt es bis zum nächsten Morgen stehen. Es wird dann seine alte Frische wiedererlangt haben.

** **Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen** findet am Sonnabend vormittag in der bekannten Reihenfolge statt. Vergl. Anzeige.

** **Amtliche Bekanntmachungen** betr. Meldung von Freiwilligen für den Ostschutz und die Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter werden im Anzeigenteile veröffentlicht.

** **Eine Ausstellung von Rentengutsmodellhäusern** ist seit einigen Tagen im Gasthaus Wettiner Hof (Hallesche Straße) eröffnet worden. In anschaulichen Modellen wird den Interessenten gezeigt, in welch hervorragender Weise der Kleinwohnungsbau durch die Rentengutsgesellschaft verwirklicht werden soll. Alle die, welche die Absicht haben, sich anzusiedeln oder sich für ein Rentengut interessieren, werden auf diese beachtenswerte Ausstellung aufmerksam gemacht. Freitag abend 6 Uhr soll im Ausstellungslokale noch ein aufklärender Vortrag gehalten werden, womit gleichzeitig die Ausstellung geschlossen werden wird.

** **Änderung in der Leitung der Kreissteuerbehörden.** Das Finanzministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern in Aussicht genommen, demnächst alle diejenigen Landräte und Ersten Bürgermeister der Stadtkreise, die zurzeit noch den Vorsitz in den Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen führen, von diesen Dienstobliegenheiten zu entbinden und durch besondere Staatskommissare zu ersetzen, so daß dann durch das gesamte Gebiet des Staates hauptamtliche, mit besonderer Fachausbildung ausgerüstete Beamte als Leiter der Kreissteuerbehörden tätig sein werden. Insoweit nicht aus besonderen Umständen sich die Notwendigkeit ergeben wird, für die Überleitung der Geschäfte einen späteren Termin innerhalb des laufenden Kalenderjahres zu wählen, soll die Neueinrichtung zum 1. April d. J. durchgeführt werden.

** **Zur Förderung der Zuwanderung** von Arbeitern auf das Land sollen künftig nach Blättermeldungen alle in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben beschäftigte Arbeiter den Selbstversorgern gleichgestellt werden. Das Reichsernährungsamt hat an die bewirtschaftenden Reichsstellen Anweisung dahin ergehen lassen, daß allen Arbeitern, die in landwirtschaftlichen Betrieben Arbeit nehmen und nach den jetzigen Bestimmungen keinen Anspruch auf die Ration der Selbstversorger haben, diese zu gewähren ist.

** **Ein vorzeitiger Frühlingsbote** erschien, wie man uns schreibt, am Dienstag nachmittag in einer Wohnung. Die Fenster waren geöffnet worden, um den ersten wärmenden Sonnenstrahlen Eingang in die Wohnung zu verschaffen. Wie staunte die Hausfrau, als plötzlich ein Maikäfer angeflogen kam und im Zimmer Quartier suchte. Sollte das bedeuten, daß wir einen zeitigen Frühling haben werden?

** **Der Haus- und Grundbesitzer-Verein Merseburg, E. V.,** hielt am Mittwoch abend im Gasthaus „Zum halben Mond" seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Kaufmann Roenneke, eröffnete diese mit einer kurzen Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und erstattete hierauf den Jahresbericht, der nur von fünf Vorstandssitzungen und der Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern melden konnte. Auch in diesem Jahre haben sich bereits 7 Hausbesitzer als Mitglieder einschreiben lassen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Rechnungslegung, teilte der stellvertretende Kassierer, Kaufmann Stürzebecher, mit, daß die Jahreseinnahme des Vereins 1 240,42 M, die Ausgabe 1 192,62 M betrug, so daß am 31. Dezember 1918 ein Bestand von 47,80 M verblieb. Der Verein besitzt außerdem noch 1000 M in Kriegsanleihepapieren und einen zinsbar angelegten größeren Betrag, insgesamt ein Vermögen von 1 731,23 M. Die bestellten Revisoren hatten die Kassenführung in Ordnung befunden und konnte dem Kassierer anstandslos Entlastung erteilt werden. Punkt 3, Vorstandswahl, wurde durch die einstimmige Wiederwahl der satzungsgemäß ausscheidenden Mitglieder Lehrer Brenner, Rechtsanwalt Dr. Rademacher, Kaufmann Roenneke und Privatmann Rößner erledigt. Bei Punkt 4 wurde der Jahresbeitrag von 1,50 M, wie schon im Vorjahr festgesetzt, beibehalten. Punkt 5 betraf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Hierzu gab der Vorsitzende der Versammlung zunächst Kenntnis davon, daß vom Verein die Vorstandsmitglieder Hertel und Schrepper als Stadtverordnetenkandidaten in die Liste der demokratischen Partei am 16. und 17. Stelle eingereiht worden sind. Wie der Schriftführer, Lehrer Brenner, weiterhin mitteilte, hatte der Vorstand für die am 6. d. M. abgehaltene Versammlung der Deutschen demokratischen Partei, welche eine Vorschlagsliste für die Stadtverordnetenwahlen zusammenstellte, 5 Mitglieder des Vereins als Kandidaten empfohlen, von denen wenigstens zwei günstig plaziert sind. Auch die Liste der Deutschnationalen Partei führt mehrere Vereinsmitglieder (Dr. Rademacher, Rentner Rügow, Kaufmann Tänzer) als Stadtverordnetenkandidaten auf. Es muß deshalb betont werden, daß der organisierte Hausbesitz voraussichtlich eine entsprechende Vertretung in der neuen Stadtverordneten-Versammlung finden wird. Vom Vorsitzenden wird noch besonders hervorgehoben, daß, nachdem die Vorrechte des Haus- und Grundbesitzes in den städtischen Vertretungskörpern in Wegfall gekommen sind, nun auch die besonderen Pflichten desselben beseitigt werden müssen. Es handelt sich dabei um das Straßenfegen und die Müll- und Aschenabfuhr, Dinge, die unbedingt von der Allgemeinheit zu tragen und vom Haus- und Grundbesitz abzuwälzen sind. Wachtmeister Raß vermißt in den neuen Stadtverordneten-Kandidatenlisten die Professionisten und städtischen Beamten. Gerade unter letzteren würden sich gutunterrichtete und auch fähige Leute finden, um für das Wohl der Stadt einzutreten. Bauunternehmer Schrepper hält es für dringend nötig, daß in der städtischen Baudeputation ein Bausachverständiger sitzt, der die Verschiedenheiten bei der Festsetzung der Wertzuwachssteuer beseitigt. Brandbirektor Hirschfeld äußerte Bedenken über die jetzige Bauweise bei der Herstellung von Wohnungen; seiner Meinung nach wird hierbei auf eine Feuersgefahr zu wenig Rücksichtgenommen. Der Schriftführer, Lehrer Brenner, der schon eingangs der Verhandlungen zu Punkt 5 eine Kundgebung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands verlesen hatte, die die Hausbesitzer zum Eintreten für die bürgerlichen Listen aufforderte, stellte nunmehr die Frage: In welcher Form soll den abwesenden Mitgliedern der Beschluß der heutigen Versammlung mitgeteilt werden? Die Antwort lautete dahin, vorläufig von einer bestimmten Stellungnahme zu den bereits aufgestellten Kandidatenlisten abzusehen und erst die noch in Aussicht stehende öffentliche Bürger-Versammlung abzuwarten. In dieser soll dann dafür gesorgt werden, daß die Kandidaten des Vereins an aussichtsreicher Stelle plaziert werden, was nur erlangt werden kann, wenn sich die Mitglieder recht zahlreich in der Versammlung einfinden und für ihre Kandidaten eintreten. Bei Punkt 6 der Tagesordnung wies der Schriftführer darauf hin, daß die Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft „Hohenzollern" neuerdings die Aufruhrschäden-Versicherung eingeführt hat, auf Grund deren es möglich ist, die durch Unruhen entstehenden Schäden an Wohngebäuden und Privatmobiliar gegen bestimmte, verhältnismäßig niedrige Sätze zu versichern. Die Versicherungen müssen auf mindestens 3 Monate abgeschlossen werden. Über die näheren Bedingungen gibt der Vorstand bereitwillig Auskunft. — Außerhalb der Tagesordnung wurde vom Wachtmeister Raß auf den traurigen Zustand des Weges zur Aschenabladestelle am hinteren Gotthardtsteiche hingewiesen und dessen schleunige Instandsetzung gefordert, da die Geschirre bei feuchtem Wetter hier tatsächlich im Schlamme stecken bleiben und dann ihre Ladung an Ort und Stelle abwerfen. Bäckermeister Mattern machte auf die neue Praxis aufmerksam, die Hausbesitzer für Schäden auf den Fußwegen vor ihrer Hausfront haftbar zu machen. Dagegen müsse entschieden Einspruch erhoben werden, da die Löcher meist durch Kinder beim Spielen auf der Straße hergestellt worden und eine Beaufsichtigung dieser Vorgänge nicht immer möglich ist. Seitens eines Mitgliedes wurden noch die den Hausbesitzer oft empfindlich schädigenden Entscheidungen des hiesigen Mietseinigungsamtes in die Debatte gezogen und darauf von anderer Seite erwidert, daß diese Entscheidungen zwar unanfechtbar seien, daß es aber notwendig werde, gegen die zu weit gehenden Entscheidungen entschieden Stellung zu nehmen. Zutreffende Fälle sollen dem Vorstande zur Kenntnis gebracht werden. — Hierauf schloß der Vorsitzende um 10 Uhr die Versammlung.

*

Deutsche demokratische Partei Ortsverein Merseburg.

Sonnabend abend pünktlich ½7 Uhr Vorstandssitzung im „Herzog Christian"; anschließend ½8 Uhr Arbeitsabend. Vortrag: Die politischen Parteien Deutschlands. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

*

Die Hilfe für kriegsgefangene Deutsche
(Ortsgruppe Merseburg)

hatte für Mittwoch abend ihre Mitglieder sowie Freunde ihrer Bestrebungen nach dem „Herzog Christian" zu einer Versammlung eingeladen. Oberlehrer Dr. Taube, der die Versammlung leitete, erteilte nach herzlicher Begrüßung der Erschienenen zunächst dem Schrift- und Kassenführer Stadtrat Blankenburg das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die bisherige Tätigkeit der Ortsgruppe." Der Kassenbericht weist seit Bestehen der Ortsgruppe eine Einnahme von 11 640,65 M, und eine Ausgabe von 9 677,04 M auf, so daß ein Bestand von 1 963,61 M verbleibt; das Geld ist teils in Kriegsanleihe, teils bei der Sparkasse zinstragend angelegt. Aufgebracht ist die Summe zum größten Teil durch veranstaltete Sammlungen und Zuwendungen im Kreise. Es muß aber festgestellt werden, daß in letzter Zeit die Sammeltätigkeit zu wünschen übrig gelassen hat. Fabrikdirektor Weber gab sodann

Bericht

über die vom Vorstande der Ortsgruppe geleistete Arbeit und über die dabei erzielten Erfolge, z. B. bei den Nachforschungen über Vermißte, beim Austausch von Zivilinternierten, bei der Adressenvermittelung von Gefangenen. Die Hilfe habe sich im Laufe der Zeit zu einer Beratungsstelle für die Beteiligten herangebildet. Die Paketbestellungen, die Unterstützungen für Gefangene, der Nachrichtenverkehr usw., alles habe viel zur Erleichterung des Loses unser gefangenen Brüder beigetragen. Oberlehrer Dr. Taube stattete beiden Berichterstattern sowie Frau Direktor Weber für ihre geleistete aufopfernde Tätigkeit den Dank der Versammlung ab. Auch des verstorbenen Stadtrats Thiele, des Mitbegründers der Ortsgruppe, wurde lobend Erwähnung getan. Die Aussprache über den 1. Punkt zeitigte das betrübende Ergebnis, daß das Los unserer Gefangenen in Feindesland, hauptsächlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0006

Frankreich, auf Grund von brieflichen Nachrichten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Hauptsächlich über mangelhaften Nachrichtenverkehr der Angehörigen mit den Gefangenen und umgekehrt wurde allgemein Klage geführt. Von Frau Direktor **Weber** wurde hierzu bemerkt, daß das englische Kriegsministerium auf ergangene Beschwerde sich jetzt bereit erklärt hat, für besseren Nachrichtenverkehr zu sorgen; ferner erbot sich Frau Direktor Weber, allen Beteiligten hilfreich mit Rat und Tat beizustehen. — Der 2. Punkt der Tagesordnung lautete:

„Welche weiteren Schritte sind zum Schutze und zur Befreiung unserer gefangenen Brüder zu unternehmen." Erläuternd bemerkte hierzu der Vorsitzende, daß, nachdem die feindlichen Kriegsgefangenen zum größten Teile ausgeliefert sind, es nun an der Zeit sei, daß auch wir unsere gefangenen Brüder zurückbekommen. Die Zurückbehaltung der Gefangenen, nachdem der Waffenstillstand abgeschlossen ist, widerspricht dem Völkerrecht und kann nur als moderne Sklaverei bezeichnet werden. Hiergegen zu protestieren, und zwar in ganz energischer Weise, sei Pflicht des gesamten deutschen Volkes. „Die Hilfe" im Verein mit dem neugegründeten „Volksbund", der sich über ganz Deutschland ausbreitet, haben es sich zur Aufgabe gemacht, durch Sammlung von Millionen von Unterschriften die Regierung in den Stand zu setzen, hiergegen den **schärfsten Protest** bei unseren Gegnern einzulegen und die Herausgabe unserer Kriegsgefangenen mit allem Nachdruck auf Grund von Millionen von Stimmen des deutschen Volkes zu verlangen. Für den Kreis Merseburg wird die hiesige „Ortsgruppe der Hilfe" die Sammlung von Unterschriften vornehmen und in Merseburg speziell werden in den nächsten Tagen Schüler der höheren Lehranstalten mit Listen herumgehen, in denen **jeder** Deutsche aufgefordert und gebeten wird, im Interesse unserer gefangenen Brüder seinen Namen in die Liste einzutragen, damit eine möglichst große Anzahl von Unterschriften zu verzeichnen ist. Immer dringender muß der Ruf unseren Feinden ins Ohr schallen: „**Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!**"

Die Aussprache ergab nach Klarstellung einiger Anfragen, daß sämtliche Anwesende mit dem Vorgehen der Ortsgruppe im Einvernehmen mit dem Volksbund einverstanden waren. Die Aussprache war hiermit erschöpft, und mit der Bitte, für den beabsichtigten Zweck tüchtig Propaganda zu machen, damit wir möglichst bald unsere gefangenen Brüder gesund und wohlauf begrüßen können, schloß Oberlehrer Dr. Taube die gutbesuchte Versammlung.

*

Die Soldatenräte des 4. Armeekorps

hatten am Dienstag eine Sitzung in Magdeburg, die zum Teil recht interessant war. So wurde mitgeteilt, daß Abgeordnete, die nach Hagen entsandt waren, im Westen den Eindruck gewannen, daß die Entente ein Übergreifen der Revolution auf ihre eigenen Truppen fürchtet. Die Belgier z. B. hätten in die Düsseldorfer Tumulte nicht eingegriffen, obwohl sie dazu den Auftrag bekommen hätten.

Ein Antrag, wonach ein Vertreter von jedem Armeekorps in den Kontrollausschuß beim Kriegsminister zu senden ist, wurde angenommen. Der Exekutivausschuß des 4. Armeekorps wird künftig den Namen Zentralsoldatenrat des 4. A.-K. annehmen.

Bei der Besprechung der Wachtkompanien empfahl man, sie vom Garnisonkommando aufstellen und vom Generalkommando genehmigen zu lassen, damit den Angehörigen die gesetzliche Unterstützung gesichert sei. In der Aussprache ergab sich, wie die „Magd. Ztg." sagt, daß der **Soldatenrat in Halle ein Finanzgenie** ist. Er habe sich Geld durch ein gutes Geschäft verschafft, indem er Waren preiswert einkaufte und mit hohem Gewinn weiterverkaufte. (Also auch Kriegsgewinnler!)

Ein Antrag Quedlinburg, der Zentralrat möge die Strafregister der Mitglieder der einzelnen Soldatenräte einfordern, um unlautere Elemente ausmerzen zu können, fand keine Mehrheit.

Garnisonen bis 1500 Mann erhalten künftig einen, bis 3000 zwei, bis 10 000 drei, bis 15 000 vier und darüber fünf Delegierte.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für **Freitag** den 14. Februar.)

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Butter- und Magermilch an die Kunden der Butterstellen Frahnert, Vogel, Konsum-Verein (Lauchstedter Str.) und Schulz.

Fleisch- und Fleischwaren: Pro Kopf 200 Gramm mit Knochen. Gleichzeitig Umtausch der Fleischmarken.

100 Gramm **Graupen**, 1 Stck. **Maggiwürfel**, 1 Pfd. **Sauerkohl**, ½ Pfd. **Marmelade**: **Gegen Abgabe der Quittungsabschnitte Nr. 18 bis 21 in den Lebensmittelgeschäften.**

Roßfleisch: In den drei Verkaufsstellen auf die Nr. 2401—3300.

---

§ **Rössen**, 12. Febr. Zur **Gemeindevertreterwahl in Rössen** schreibt man uns: In einer Besprechung des in der Gemarkung Rössen wohnhaften Bürgertums aller Stände, zu dem neben den Einwohnern in Rössen auch die Bewohner der Arbeiter- und Beamtenkolonie und der Baracken des Ammoniakwerkes Merseburg gehören, wurde am Dienstag in der Kolonieschule fast einstimmig beschlossen, seitens des Bürgertums eine **gemeinsame Liste** unter der Bezeichnung „Bürgerliche Liste" zu den Gemeindevertreterwahlen einzureichen. Die Versammlung ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß in den Gemeindevertretungen nur wirtschaftliche Interessen maßgebend sein sollen und Parteipolitik vollständig ausgeschieden werden müsse. Zur Aufstellung des Wahlvorschlages und für Propagandazwecke wurde ein aus den Herren Dr. Frankenstein, Kaufmann Renner, Meister Böhringer und den Landwirten Jauck und Schumann bestehender Ausschuß gewählt. — In der Zuschrift heißt es dann weiter: Der einmütige Beschluß des Bürgertums, sich zusammenzuschließen, ist zu begrüßen. Denn durch die sonst gerade beim Bürgertum so häufige Zersplitterung gehen immer viele Stimmen zugunsten der radikalen Richtung verloren. Das Vorgehen soll den übrigen Gemeinden zum Vorbild dienen. Die wirtschaftlichen Interessen allein sind bei einer Gemeindevertretung maßgebend, Parteipolitik führt nur zu unnötigen Reibereien, die dem Ganzen in einer Gemeinde nichts weniger als förderlich sind. — Anmerkung der Redaktion: Unser gegenteiliger Standpunkt ist genügend bekannt. Wir weisen nur darauf hin, daß wirtschaftliche Interessen auch in der Gemeindepolitik ausgeschaltet sein müssen. Das Gemeinwohl ist oberster Grundsatz wahrer Gemeindepolitik. Was hier unter wirtschaftlichen Interessen gemeint ist, sind Kulturaufgaben, und die werden am besten unter Berücksichtigung politischer Grundsätze gelöst.

*

Arbeitslose und Landarbeit!

Die Schwierigkeit, größere Massen der städtischen Arbeitslosen auf das Land zu bringen, ist, wie die Erfahrungen der Arbeitsnachweise zeitigen, nicht nur auf eine gewisse weit verbreitete Unlust zur Landarbeit, sondern auch auf eine gewisse Zurückhaltung der Landwirte zurückzuführen, die vielfach noch stark mit der Rückkehr polnischer Wanderarbeiter rechnen. Demgegenüber kann nicht scharf genug betont werden, daß die Aussichten dafür äußerst gering sind und jeder Landwirt im eigensten Interesse jetzt mit ernstem Willen darangehen muß, seinen Betrieb auf die Verwendung deutscher Arbeiter einzurichten. Manche von den Landwirten, die sich entschlossen haben, es einmal ernstlich mit städtischen Arbeitern zu versuchen, haben gute Erfahrungen dabei gemacht. So berichtet ein Gutsbesitzer, daß er einen früheren Bierkutscher, sowie einen Dreher und einen Schlosser, die vorher bei Krupp tätig waren, eingestellt habe und mit diesen Leuten außerordentlich zufrieden sei. Voraussetzung ist natürlich dabei, daß auch die Arbeiter zufrieden sind, insbesondere auf Verpflegung und Unterkunft. Vor allen Dingen muß die Unterkunft so eingerichtet werden, daß sie den erhöhten Ansprüchen der bessergewöhnten städtischen Arbeiter entspricht, damit er nicht nach wenigen Tagen die Stelle wieder verläßt. Und wenn erst einmal einige städtische Arbeiter sich auf dem Lande heimisch gemacht haben und wohlfühlen, wird auch bald ein größerer Zuzug aus der Stadt einsetzen.

Wetterwarte.

V. W. am 14. 2.: Gelinde, wechselnd bewölkt, etwas Niederschläge. — 15. 2.: Etwas kälter, zeitweise heiter, vorwiegend trocken.

Sport und Leibesübungen.

Fußballsport. Die Bewegungsspieler bringen am kommenden Sonntag ihr letztes Verbandsspiel der Serie auf ihrem **eigenen Sportplatz** in der Krautstraße gegen **Favorit-Halle** zum Austrag. Ohne Frage verspricht das Treffen einen sehr interessanten Verlauf, indem beide Gegner wohl als gleichwertig zu bezeichnen sind. Während die Favorit-Mannschaft zu Beginn der Serie als eine der spielstärksten Mannschaft des Saalegaues galt und als solche den jetzigen Gaumeister 96 zweimal hintereinander schlagen konnte, enttäuschte sie doch bei ihren letzten Verbandsspielen, in denen sie gegen Wacker und Sportfreunde verlor. Obgleich die Bewegungsspieler in dieser Serie noch keinen Punkt erringen konnten, sind sie doch ein gefürchteter und keinesfalls zu unterschätzender Gegner der **ersten Klasse**, der bei allen seinen Spielen von wenig Glück begünstigt nur immer knapp unterlag. Auf den Ausgang des Spieles darf man gespannt sein, zumal die V. f. B.er diesen Sonntag mit voller Mannschaft aufwarten.

Vereins-Nachrichten. Der **V. f. B.-Merseburg ist „E. V." geworden.** In der Verwaltung des V. f. B. sind folgende Änderungen eingetreten: Zuschriften-Adresse für sämtliche Spielangelegenheiten: Hermann **Becker**, Merseburg, Georgstr. 3 II. Zuschriften-Adresse für Kassen- und Mitgliederwesen: Fritz **Mollnau**, Merseburg, Obere Breite Str. 11.

Friedrich Schultze, Bankhaus

Reichsbank-Giro-Konto. **Merseburg** gegr. 1862 Postscheck-Konto Leipzig 4727.

Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlos. Zahlungsverkehrs

Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.

Scheck-Formulare stehen an meiner Kasse zur Verfügung.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Vermählung sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Gustav Otto und Frau
Alma geb. Gauck.

Nieder-Beuna, 9 Febr 1919.

Johann Thelsen und Frau
Selma verw. Hagen
danken herzlichst für die Liebe und Verehrungen, welche ihnen am Tage ihrer Vermählung entgegengebracht worden sind.
Merseburg, den 13. Febr. 1919.

Für die anläßlich unserer Vermählung vielseitig erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen auf diesem Wege herzlichen Dank!

Hermann Hagemeyer und Frau Ellse
geb. Wiemann.

Merseburg, den 13. Februar 1919.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank!

Merseburg, den 12. Februar 1919.

Hermann Müller und Frau
Martha geb. Haring.

Versteigerung von Abraumpappelholz

am Sonnabend den 15. Februar 1919, von nachm. 3 Uhr ab, auf dem Werder, im sogen Erlenholz, gegenüber dem Scheitplatz meistbietend gegen sofortige Bezahlung.

Merseburg, den 13. Febr. 1919.
II. 116/19. **Der Magistrat**

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegs-Unterstützung erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Sonnabend den 15 Februar 1919

W.-Nr. 1— 800 v. 8— 9 Uhr vorm.
„ 801—1500 „ 9—10 „ „
„ 1501—2000 „ 10—11 „ „
„ 2001 z. Schl. „ 11—12 „ „

Die Zahlstelle. 477/19.

[illegible] Fleischwarenverkauf
findet am 14 **Februar 1919**

bei Hoffmann, Brühl Nr. 6,
nachm. v. 2—3 Uhr Nr. 2401—2500
„ „ 3—4 „ „ 2501—2600
„ „ 4—5 „ „ 2601—2700

bei Möbius, Tiefer Keller 1,
nachm. v. 2—3 „ „ 2701—2800
„ „ 3—4 „ „ 2801—2900
„ „ 4—5 „ „ 2901—3000

bei Raundorf, Oberebreitestr. 4,
nachm. v. 1—2 Uhr Nr. 3001—3100
„ „ 2—3 „ „ 3101—3200
„ „ 3—4 „ „ 3201—3300

statt. **Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.** L A I 178 19.

Merseburg, den 13. Februar 1919.
Das städtische Lebensmittelamt.

Freiwillige Auktion.

Sonnabend den 15. Febr. d. Js., von vormittags 10 Uhr an, werde ich im **Restaurant zum Palmbaum,** Oberburgstr. hier, folgende Gegenstände öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung versteigern, und zwar:

1 Birke fournierter Ladenschrank, 1 Schreibsekretär, 1 Kleiderschrank, 1 Fliegenschrank, 1 Liegesofa, 4 Tische, 1 Komode, 1 Bücherregal, Konsole, 1 Eisschrank, 1 Ladentisch, 2 Bettstellen, 1 Bettkiste, 1 Krankenstuhl, 1 Kinderstuhl, 2 Stühle, 1 Waschmaschine, 4 Schals Portieren, 2 Hängelampen (neu), 3 Tischlampen, 5 Gaskronen m Glocken, 2 Wandarme, 1 Ampel, (Vogelbauer), Mützen und Hüte und Blousen, verschiedenes Haus- und Küchengerät, sowie eine Partie Spielwaren und sonstige Gegenstände. Die Gegenstände sind teils noch neu.

Albert Franke, Auktionator.

Mittelschule.

Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder, die Ostern in die Mittelschule eintreten sollen, findet **Dienstag den 25. Februar, von 4 bis ½6 Uhr** statt. Die Knaben sind zu melden im Lehrerzimmer der Knaben-Mittelschule, die Mädchen im Lehrerzimmer der Mädchen-Mittelschule.

Bei der Anmeldung sind Impfschein und Taufschein vorzulegen.

Die Kinder die Ostern 1918 zurückgestellt worden sind, müssen aufs neue gemeldet werden.

Die Anmeldung und Prüfung solcher Kinder, die gegenwärtig schon eine andere Schule besuchen und Ostern nach unserer Mittelschule übertreten wollen, findet am **Donnerstag den 3. April vormittags 11 Uhr,** im Lehrerzimmer der Knaben-Mittelschule statt. Hierbei ist außer Impf- und Taufschein noch ein Schulzeugnis vorzulegen.

Merseburg, den 12. Febr. 1919.
Der Rektor **Schmisch.**

Holzauktion in Lössen.

Dienstag den 18. Februar 1919, vormittags 11 Uhr,

sollen etwa 60 **Haufen Holz,** sowie 7—8 **stärkere Rüstern,** für Stellmacher passend, meistbietend verkauft werden

Sammelort Schenke in Lössen.
J. A.: **Flock.**

Hausverkauf.

Das den Julius Leonhardischen Erben gehörige, gut verzinsbare Grundstück **Brauhausstr. Nr. 11** mit 2 dazu gehörigen Feldplänen ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres

Unter-Altenburg Nr. 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0007

In § 8 Abs. 2 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 — S. 13 der preußischen Gesetzsammlung — ist bestimmt, daß bei der erstmaligen Wahl die Wählerlisten zur preußischen Landesversammlung anzuwenden sind. Diese Bestimmung ist vielfach dahin ausgelegt worden, daß die Wähler auch bei der Gemeindewahl das Recht hätten, beim Verzuge aus einer Gemeinde in die andere oder beim Neu- oder Wiederzuzuge in eine Gemeinde sich noch nachträglich in die Wählerliste eintragen zu lassen. Diese Auffassung ist unzutreffend, maßgebend ist der Stand der Wählerliste zur Zeit der Wahl zur preußischen Landesversammlung. Nachträge in die Wählerliste zur preußischen Landesversammlung finden überhaupt nicht statt.

Bezüglich der Militärpersonen hat das Kriegsministerium unterm 30. Januar d. Js. — 1051. 1. 19. A. 1. — besondere Bestimmungen getroffen. Danach können nur diejenigen Heeresangehörigen das Wahlrecht ausüben, welche in die Wählerliste eingetragen sind, oder welche ohne Eintragung in die Wählerliste ihr Wahlrecht zur preußischen Landesversammlung auf Grund besonderer Regelung in der Gemeinde ausgeübt haben, in welcher sie sich jetzt an der Gemeindeverordneten- (Stadtverordneten- etc.) Wahl beteiligen wollen.

Berlin, den 4. Februar 1919.

Preußisches Ministerium des Innern.
gez. Hirsch.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 11. Februar 1919.
I 433/19. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter dem 4 Januar d. Js. ist die Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung von der Reichsregierung erlassen und am 9. Januar in Kraft getreten. Ihre Veröffentlichung ist erfolgt:

a. im Reichsgesetzblatt Nr 3 vom Jahre 1919 Seite 8
b. in Nr. 11 des Nachrichtenblattes für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 15. Januar 1919 (zu beziehen zum Einzelpreis von Mk. 0,10 durch die Lindendruckerei, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19,
c. in einer auf Veranlassung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung herausgegebenen und kommentierten Druckschrift, die auch gleichzeitig die kommentierte Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23 November 1918 sowie die Ergänzung hierzu vom 17 Dezember 1918 ferner die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 enthält. Sie ist erschienen in Karl Heymanns Verlag, Berlin W 8 Mauerstr. 43/44 (Verlagsarchiv 6565) und zum Preise von Mk. 2.— zu beziehen.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer weise ich auf diese Verordnung und ihre Bezugsmöglichkeit ausdrücklich hin. Unter dem 24. Januar 1919 ist weiterhin eine ähnliche Verordnung über die Einstellung Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung im Reichsgesetzblatt Nr. 18 Seite 99 veröffentlicht worden.

Merseburg, den 6. Februar 1919
Der Landrat.
J. V. Neuhaus.

Bekanntmachung.
Freiwillige.

Das Generalkommando und der Ersatzkommandeuschuß des IV A K machen darauf aufmerksam, daß die Aufrufe der Reichsregierung zur Bildung von freiwilligen Verbänden für den Schutz unserer östlichen Provinzen bisher nicht den genügenden Erfolg gehabt haben. Anscheinend werde der Ernst der Lage im Osten noch nicht überall erkannt. In Merseburg haben sich erst

3 Freiwillige

gemeldet!

Wenn jetzt überall die an sich schon ungenügenden Kartoffelrationen herabgesetzt werden müssen, wenn alle Behörden, die mit der Ernährung zu tun haben, von schwerer Sorge erfüllt sind, wie die Ernährung bis zur nächsten Ernte sichergestellt werden soll, so ist daran nicht zuletzt der Ausfall der Zufuhren aus dem Osten schuld. Weil der Osten besetzt wird und nichts mehr liefern kann, müssen wir hungern. Wer daher gesund und frei ist, melde sich beim Bezirkskommando in Weißenfels, Zimmer Nr. 19 unter Vorlage seiner Entlassungspapiere.

Als Freiwillige kommen nur felddienstfähige, mit der Waffe ausgebildete Angehörige aller Jahrgänge — außer Jahrgang 1899 und jüngere — in Betracht, die mindestens ½ Jahr Frontdienst getan haben.

Merseburg, den 12. Februar 1919.
Der Landrat.
Freiherr von Wilmowski

Aufmerksame Bedienung. Mäßige Preise.

Karl Tänzer
Adolf Schäfers Nachf.

Spezial-Geschäft für
Damen- und Kinder-Wäsche
Schürzen aller Art
Vollständige Wäscheausstattungen
Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben
Fernruf 259.
Merseburg Entenplan 7

Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Großer Posten
kräftige Reisigbesen
ohne Stiel
frisch eingetroffen bei
Wilhelm Götze, Bürstenmacher, Merseburg Neumarkt 78, Eingang zur Toreinfahrt.

Reichsbund der Kriegsbeschädigt. u. ehem. Kriegsteilnehmer Sitz Berlin
Ortsgruppe Merseburg.
Freitag den 14. Februar, abends ½8 Uhr, in der Funkenburg
General-Versammlung.
Erscheinen aller Mitglieder wegen Vorstandswahl dringend erforderlich
Der Vorstand.

Deutsche Volkspartei — Christl. Volkspartei.

Versammlung

Donnerstag den 13. Februar, abends 8 Uhr in Rülkes Gasthaus.

Aufstellung des Wahlvorschlages für die Stadtverordnetenwahlen.

Die Mitglieder und Freunde der Parteien werden hierdurch eingeladen.
Brenner. Petzold. Drehmann, Pfarrer.

Habe mich in Merseburg
als Arzt
niedergelassen.
Sprechstunden bis auf weiteres in Müller's Hotel, Am Bahnhof 4, von 10—11 Uhr vorm., 2—3 Uhr nachm.
Kimbron, prakt. Arzt.

Heidekraut
zum Streuen liefere in Ladungen von 100—200 Zentner jetzt oder später frachtfrei jeder Station. Hugo Held, Corbetha (Bhf.)

Ausprobiert gute Strassenbesen
elastisch haltbarer als Piassava
nass und trocken verwendbar
à Stück 5,60 Mk.
bei **Otto Renner** ▫ Markt 18
Fernsprecher 509 —:— Fernsprecher 509

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie
2. Klasse 1. Ziehungstag. 11. Februar 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 60000 M 109413
2 Gewinne zu 10000 M 80711
2 Gewinne zu 5000 M 77863
8 Gewinne zu 1000 M 34094 106091 188603
2 Gewinne zu 500 M 14007
14 Gewinne zu 400 M 71576 80492 142114 184297 203407 211547 214734
28 Gewinne zu 300 M 26362 36153 43634 50007 70039 84907 127366 131721 137143 149645 176052 184254 199086 216434
58 Gewinne zu 200 M 3409 6767 10489 23860 32057 33492 43784 44705 46933 67265 68163 82510 100218 103070 111232 112044 115724 125357 135440 140720 141770 145407 153534 153670 155258 167932 171240 172196 191583

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 40000 M 1597
4 Gewinne zu 5000 M 122776 166897
6 Gewinne zu 1000 M 1337 26307 194163
6 Gewinne zu 400 M 85132 172004 184534
20 Gewinne zu 300 M 2573 41318 67970 99754 112520 118316 145884 147311 148388 174602
76 Gewinne zu 200 M 2120 3588 5858 10068 13645 13720 26198 26543 30418 45190 53238 54604 55991 67177 71909 72553 738 4 79203 79995 82978 83376 100228 124540 133541 140108 152518 154073 155909 162729 172928 173068 181985 185877 193721 200924 208760 210013 211677 216328

Tüchtige
Armaturen-Schlosser
zum sofortigen Eintritt gesucht.
— Meldungen beim Pförtner. —
C. W. Julius Blancke & Co., G. m. b. H.
Merseburg.

Für Ball- und Braut-Kleider
Crep de Chine
gute Qualitäten in weiß, elfenbein, rosa, hellblau
H. Taitza,
Neumarkt 18,
Tel. 332.

Schlachtpferde
kauft zu höchsten Preisen
Fritz Müller,
Dürrenberg.
Schkeuditzerstr. 18. Telephon 7.

An- und Verkauf Beleihung
von Deutscher Reichsanleihe
sowie aller sonstigen Wertpapiere zu günstigsten Bedingungen
L. Schönlicht,
Bankgeschäft, Halle Poststr.
(Stadt Hamburg).

Taschen-Inhalator
Taunus
INHALATOR fertig zum Gebrauch

vermöge Licht durch sein handliches Format und sinnreiche Konstruktion die jederzeitige Anwendung ohne Berufsstörung. Bestbewährt bei Erkältungskrankheiten und Katarrhen der Atmungsorgane. Für jede Inhalierungsflüssigkeit verwendbar. Preis M. 4.50. In den besseren Apotheken und Drogerien.

Speisemöhren, Speisezwiebeln, Steckzwiebeln
zu haben bei
Trebst, Gärtnerei,
Nordstraße. :-: Fernruf 10.

Gute dauerhafte Straßenbesen
à Stück 6 Mk.
empfiehlt **Wilhelm Götze,**
Bürstenmacher,
Merseburg, Neumarkt 78.

Taschenlampenbatterien
von größter Brenndauer,
Stück 1,80 Mark,
Gasglühstrümpfe
empfiehlt
Paul Rudolph, Lindenstr. 8
Elektr. Inst.-Geschäft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0008

Merseburger

Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

:—: Geschäftsstelle: Ölgrube 9. :—:

:—: Fernsprecher Nr. 324. :—:

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 38 — Freitag den 14. Februar 1919 — 45. Jahrg.

Von der Revolution zur Gesetzlichkeit.

Ein schicksalsschweres Vierteljahr liegt hinter uns. Die Vorgänge der letzten Monate haben in ihrem unerhört schnellen Wechsel unser ganzes Leben so stark in Anspruch genommen, daß wir uns erst wieder zwingen müssen, um uns in die Zustände des alten Staates hineinzuversetzen, eines Staates, der durch den vierjährigen Krieg, und nicht nur durch diesen, innerlich zerfallen war und der nur durch prunkende Fassaden unsere Gegner und uns selbst über den gefährlichen Zustand des Verfalls hinwegzutäuschen vermochte, bis mit dem Sturmwind der Revolution alle Stützen zerbrachen, bis in Trümmern lag, wofür deutsche Soldaten mehr als vier Jahre geblutet hatten, wofür das deutsche Volk nicht zu überbietende Entbehrungen auf sich genommen hatte. Noch einmal sei es heute gesagt, daß die Revolution, der jähe Abbruch alles Gestrigen, von niemandem gemacht worden ist, daß sie einfach kommen mußte, ja, daß diese Revolution eigentlich nichts weiter als Entwickelung war. Daß diese Behauptung richtig ist, hat uns die Zeit des Interregnums, haben uns die drei Revolutionsmonate, die nun hinter uns liegen, gezeigt.

Wir standen am 9. November vor den Trümmern des Reiches und begannen an diesem Tage unter so überaus schwierigen Verhältnissen bereits wieder mit dem Aufbau. Kann es ein besseres Zeichen für die Lebenskraft des deutschen Volkes geben? Einstweilen zimmerten wir ein Gerüst aus starken, kräftigen Stämmen: Die Einrichtung der A.- und S.-Räte. Doch dachten wir bereits vom ersten Tage daran, einen festeren Reichsbau zu schaffen, als wir ihn mit Hilfe des Räte-Systems herstellen konnten. Man mag der Volksregierung vorwerfen, was man will, man muß aber immer bedenken, daß sie ausbaden mußte, was ihre Vorgänger verschuldet hatten. Ihr großes Verdienst bleibt aber die Tatsache — spätere Geschichtsschreiber der Revolutionszeit werden mit Recht darauf hinweisen — daß ihr stetiges unablässiges Bemühen war, die Revolution selbst in die Bahn der Entwickelung zu zwingen. Wir kennen alle die Hindernisse, die sich dem entgegenstellten. Wir wissen, daß auch starke, ideelle Kräfte sich an diesem hindernden Werk beteiligten. Ideologie konnte uns nicht helfen. Wir mußten auf das Nächste sehen und doch wieder darüber hinaus. Wir brauchten Politiker, die fest auf dem Boden standen, die das Reichsschiff mit fester Hand durch den inneren und äußeren Sturm führen konnten. Bei dieser wilden Fahrt hat das Schiff des deutschen Reiches leiden müssen. Segel sind zerfetzt, … wurde ihm … den ersten … ung zurück- … aufbau …

… rei Monate … fassung … schriebenen … en sicheren … Alles, was … r auf dem … oder wenn … bei dieser … ederreißend … belt sein in … gewinnen. … verneinen, … wir müssen … waren, auch … r vor allem … Die end- … mmeseigen- … lung geben, … en, daß die … Gebot ist. … gen Reichs- … heiligen ge- … rchaus zur … hat mit der Annahme der Notverfassung ihre erste Pflicht getan; sie darf und wird dabei nicht stehen bleiben, sondern wird auf dem Boden des jetzt Geschaffenen weiterbauen müssen, um das große Werk zu vollenden, um das Haus des deutschen Volkes zu errichten, in dem unsere Kinder und Kindeskinder frei und sicher wohnen können.

Neueste Nachrichten.

Das neue Ministerium gebildet.

Weimar, 13. Febr. (Sondertelegramm.) Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums Scheidemann, Vertreter des Präsidenten und Reichsminister der Finanzen Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen v. Brockdorff-Rantzau, Reichsminister des Innern Preuß, Reichsarbeitsminister Bauer, Reichswirtschaftsminister Wissell, Reichsernährungsminister Robert Schmidt, Reichsjustizminister Landsberg, Reichswehrminister Noske, Reichskolonialminister Dr. Bell, Reichspostminister Giesbert, Reichsminister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth. Ferner drei Minister ohne Portefeuille: Dr. David, Erzberger, Gothein.

Hindenburgs Empfang in Kolberg.

Kolberg, 13. Febr. (Priv.-Telegr.) Generalfeldmarschall von Hindenburg traf gestern abend im Extrazug gegen 6 Uhr mit den Herren seines Stabes und etwa 130 Mannschaften hier ein. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte den Feldmarschall mit jubelnder Begeisterung am Bahnhof. Generalfeldmarschall von Hindenburg fuhr sofort im Automobil nach seinem Quartier im Hotel Bellevue. Vor dem Hotel sangen Schulkinder und höhere Schüler unter Beteiligung der Bevölkerung vaterländische Lieder. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Radek verhaftet.

Berlin, 13. Febr. Zur Verhaftung Radeks wird in den Blättern mitgeteil, daß Radek die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht für verloren gab. Im März etwa sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer Putsch seitens der Spartakisten nicht nur in Berlin, sondern im ganzen deutschen Reich losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutsche Ostgrenze vorstieß.

Unruhen und Ausstände in Hamburg.

Hamburg 13. Febr. Für gestern abend war nach dem Zirkus Busch eine Versammlung der Kommunisten einberufen, die aber wegen des verhängten Belagerungszustandes nicht stattfinden konnte. Ein Teil der Enttäuschten erzwang die Schließung verschiedener Lokale und begab sich sodann vor das Stadthaus. Hier waren jedoch Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Nachdem einige Schreckschüsse abgegeben waren, entfernte sich die Menge. — Der Ausstand der Hoch- und Straßenbahn-Angestellten dauert fort. Verhandlungen zwischen den Direktoren und den Angestellten führten zu keiner Einigung. Der von dem Arbeiterrat abgegebene Schiedsspruch wurde von den Angestellten abgelehnt und der Arbeiterrat mit nochmaligen Verhandlungen beauftragt.

Erpressungen in Mülheim.

Mülheim, 13. Febr. Bei der hiesigen Reichsbankstelle erschienen während der Geschäftszeit ein Mitglied und andere Beauftragte des Soldatenrates und erzwangen unter Androhung von Gewalt im Weigerungsfalle die privatrechtliche Auszahlung von 75000 M als Löhnungsgelder für die Sicherheitsmannschaften, ohne daß eine ordnungsmäßige Anweisung zur Zahlung vorlag oder ein Guthaben vorhanden gewesen wäre.

Neue Ausschreitungen in Duisburg.

Duisburg, 13. Febr. Große Ausschreitungen ereigneten sich gestern nachmittag in Duisburg, wo eine 5000köpfige Menge gegen den Beschluß der Stadtverordneten eine 5. Vierteljahresrate zu erheben, demonstrierte. Der Oberbürgermeister, der vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Menge richten wollte, ebenso wie der Führer der Duisburger Kommunistenpartei wurden niedergeschrieen. Dann drangen die Demonstranten in das Rathaus ein, holten unter Mißhandlungen den Oberbürgermeister und den Bürodirektor heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Abordnungen der Demonstranten drangen in die Cafés, wiesen die Gäste hinaus und erzwangen die Schließung der Lokale. Den Straßenbahnführern wurden die Kurbeln fortgenommen, so daß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Plünderungen vor. Das Gerichtsgefängnis wurde gleichfalls von den Demonstranten geöffnet, sämtliche Insassen sind freigelassen worden.

Aufstände in Rumänien.

Köln, 13. Febr. (Priv.-Telegr.) Die „Köln. Ztg." erfährt aus Wien: Die „Neue Freie Presse" meldet: In Rumänien sind Aufstände ausgebrochen. Die Königsfamilie versuchte nach Jassy zu flüchten, mußten aber, weil Arbeiter die Straßen versperrten, nach Bukarest zurückkehren. Das königliche Palais wurde beschossen, der König leicht verletzt. Die Finanzen des Landes sind vollständig zerrüttet.

Die Lage im Reiche.

Regierung und Nationalversammlung.

Am Donnerstag wird sich der Ministerpräsident Scheidemann mit seinem Ministerium der Nationalversammlung mit einer längeren Rede vorstellen. Daran wird sich eine allgemeine Aussprache anschließen, die etwa 3—4 Tage in Anspruch nehmen wird. Es wäre vielleicht erwünscht, die Aussprache mit einer

gemeinsamen Kundgebung der Nationalversammlung,

die unsere nationalen Wünsche in würdiger Form zusammenfaßt, abzuschließen. Geschähe das, so würden natürlich die Anträge einzelner Parteien, die in dieser Richtung bisher schon vorliegen, hinfällig werden. Ein Konkurrenzkampf der einzelnen Parteien scheint uns hier wenig angebracht.

An einem der ersten Tage der kommenden Woche hofft man mit der ersten Lesung des endgültigen Verfassungsentwurfes, der bisher allerdings noch nicht vorliegt, beginnen zu können. Vor Mittwoch nächster Woche ist daher an eine Vertagung der Vollversammlung und an den Beginn der Ausschußberatungen nicht zu denken. Man wird sogar gut tun, erst Ende der kommenden Woche auf die Vertagung zu rechnen.

Am Mittwoch nachmittag empfing der

Reichspräsident Ebert die Vertreter der Presse

zu einer Aussprache. Dabei führte er folgendes aus:

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur, ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen.

Bei mir können Sie jeder Unterstützung sicher

sein; ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, dessen vornehmste Aufgabe die Wahrung der völligen Preßfreiheit ist. (Lebhafter Beifall.) Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehungen zu treten

ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit.

Sehen Sie darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des deutschen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer einzelnen Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im politischen Leben stehen, politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teile diese Pflicht, uns nicht als Vertreter eines Teiles, sondern als

Vertreter des ganzen Volkes

zu fühlen. Der Einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Partei-Ideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der

Respekt vor einer anderen Ansicht,

der dem Parteikampfe feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an oder steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Tagen nicht nur das Trennende, sondern auch

Gemeinsame sehen zu wollen

und bei mir das vorauszusetzen, was ich auch bei Ihnen voraussetzen will: Eine tiefe ernste Auffassung von der Pflicht für das Vaterland

Zwei Aufgaben

hat die neue Regierung vor allen anderen: Den Frieden zu schließen und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und nach innen, für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber der bisherigen Unfreiheit.

Das Mindestprogramm,

auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur einen Satz sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle die Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter und unverkürzter Demokratie gestellt. Wir können heute sagen,

die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert,

wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung der Regierung und an dem Regierungsprogramm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflußt haben. Allerdings als wahrhafte Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß

eine vollkommene Übereinstimmung erzielt

wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190214-16/fragment/page=0009